

VORAN

60 pf
NR. 22
Mai/Juni

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

DIE BOSSE SOLLTEN ZAHLEN!

DIE UNTERNEHMER KÖNNEN NIE GENUG KRIEGEN!!
Jetzt haben die meisten Arbeiter und Angestellten seit einigen Jahren auf einen Zuwachs ihrer Einkommen verzichtet, ja sogar einen Rückgang im Lebensstandard hingenommen.
ABER DAS REICHT DEN GROSSEN BOSSEN NICHT!!

Dies ist jedenfalls die Konsequenz, die aus dem neuen Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hervorgeht.

"Die Marktwirtschaft", so heißt es darin, "hat ihre Überlegenheit in der Lösung schwieriger Fragen...immer wieder demonstriert." (!)
Das soll sich einer mal durch den Kopf gehen lassen. Wie sieht es denn aus in dieser "freien" und "sozialen" Marktwirtschaft?

Wenig gutes in Sicht für die knappe Million Arbeitsloser und die Hunderttausenden, die nicht offiziell registriert sind.

Während auf der einen Seite über eine Million nicht arbeiten dürfen, werden auf der anderen Seite viele gezwungen, weit mehr als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten - sei es, daß man einfach eine ganze Belegschaft dazu zwingt, sei es, damit man sich vielleicht mal ein Auto, bessere Möbel, Urlaub oder Farbfernseher leisten kann oder ein paar Mark auf die hohe Kante legen kann.

Und wir haben es oft genug gesehen, wie sowohl Arbeitslosigkeit als auch Überstunden- und Schichtarbeit ganze Familien zerstört haben.

Wie viele kinderreiche Familien oder Rentner leben noch in Wohnungen, die absolut nicht den heutigen Anforderungen entsprechen, ohne eigenes Bad oder Toilette. Und andererseits, wie viele müssen den Luxus einer halbwegs annehmbaren und großen Wohnung teuer bezahlen? Viele Familien müssen ein



Drittel bis die Hälfte des Einkommens nur dafür ausgeben, daß sie ein Dach über dem Kopf haben. Da muß es wie ein großer Betrug vorkommen, wenn neu gebaute Wohnungen leerstehen, nur weil ihr hoher Mietpreis für die meisten nicht erschwinglich ist.
Und es hat wohl noch keiner ermittelt, wie viele Arbeiterfamilien in diesem Jahr sich keinen Urlaub leisten können - also nicht einmal drei Wochen lang aus dem Alltag heraus können.
Und wie sieht es mit den Bildungs- und allgemeinen Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen aus? Trübe.

So könnte man noch eine Reihe von Fragen stellen. Aber die Heuchelei des Industriellenverbands spricht für sich selbst. Sie soll ja auch nur dazu dienen,

die Forderungen zu begründen, die in dem Jahresbericht aufgestellt werden. Und so lautet eine zentrale Forderung im Programm der Bosse:
STEUERLICHE ENTLASTUNGEN FÜR UNTERNEHMER.
Das kann nur heißen:
Wenn ein Unternehmer mit dem aus der Arbeitskraft seiner Arbeiter geschöpften Profit noch immer nicht zufrieden ist, dann soll der Staat so noch etwas drauflegen. Und wer das bezahlen soll ist klar: Der kleine Mann, die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Jugendlichen. Entweder in Form von Einsparungen in öffentlichen Ausgaben, oder durch erhöhte Steuern und Gebühren. So müssen wir alle dafür in die Tasche greifen, damit die Unternehmer vielleicht mal am Sankt Nimmerleinstag die Lust verspü-

ZAHLEN!

SUSANNE GUTAU

ren, breit zu investieren und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

E I N F A C H

Die "schwierige Frage", die man wirklich stellen muß und die in dem Jahresbericht natürlich ausgeklammert wird, ist im Grunde gar nicht so schwierig zu beantworten. Wir müssen uns nur fragen, ob es denn überhaupt möglich ist, selbst die einfachsten Lebensanforderungen der Menschen zu erfüllen und den Lebensstandard ständig weiter zu steigern, solange ganz wenige Schmarotzer diese Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Hand haben und alles ihren eigenen Profitinteressen unterordnen können.

Die Erfahrung unserer Generation wie auch unserer Väter und Großväter spricht ein klares "Nein". Darum wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die Bosse zu feuern, wenn wir unsere berechtigten Interessen durchsetzen wollen. Denn gemeinsam können wir - ohne das erdrückende Diktat des Profits - die ganze Wirtschaft tausendmal besser verwalten und planen als die Kapitalisten.

FÜR INNERPARTeilICHE DEMOKRATIE!

HANS-GERD SPINGER

DER "FALL BENNETER" IST KEIN "FALL BENNETER" GEBLIEBEN.

SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr hatte zwar nach dem Beschluß des Parteivorstandes, ein Parteiordnungsverfahren gegen den Juso-Bundesvorsitzenden einzuleiten, ausdrücklich erklärt, der Schritt des Vorstandes richte sich nicht gegen die Jusos oder gegen den Juso-Bundesvorstand, sondern ausschließlich gegen Benneter. Es sei, so Bahr, kein großes "Aufwaschen" gegen die Jusos geplant.

Doch wenige Tage später trat dann das ein, was die "Frankfurter Rundschau" (28. 4. 77) für möglich gehalten hatte, nämlich "daß... so mancher biedere SPD-Funktionär auf der mittleren Ebene nun die Zeit gekommen sehen könnte, alte Rechnungen zu begleichen."

Den vorläufig schwersten Schlag neben einer Reihe von "kleineren" Konflikten und Ausschlußverfahren nach der Suspendierung Benneters bildete wohl die Einleitung von Parteiordnungsverfahren gegen Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg und Kreisvorstandes Stuttgart der Jusos. Was war geschehen?

Solidarität mit



Benneter!

Beide Vorstände hatten Benneter bereits vor Wochen als neugewählten Bundesvorsitzenden zu einer Polit-Party in Stuttgart am 6. 5. 77 eingeladen. Nach dem Beginn des Ausschlußverfahrens gegen Benneter nun hatte der SPD-Landesvorstand unter Erhard Eppler die Jusos in einem Ultimatum aufgefordert, die Einladung an Benneter rückgängig zu machen. Eppler begründete dies damit, daß Benneter in der Partei kein Rederecht mehr habe und deshalb nicht in Parteiversammlungen auftreten dürfte!

Als schließlich der Juso-Sprecher Templ klargestellt hatte, daß die Jusos im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit vor dem Ultimatum nicht zurückweichen würden, war dies für Eppler Grund genug, um sofort loszuschlagen.

Und so drängt sich doch der sehr starke Verdacht auf, daß es hier um weit mehr geht als nur um Benneter. Und wer darüber Aufschluß haben will, der hat den hauptsächlich in der bürgerlichen Presse gefundenen,

(Forts. auf Seite 3)

ARTIKEL ÜBER	
Druckerstreik und Folgen.....	S. 2
Ludwig Erhart.....	S. 2
Jusos & SPD.....	S. 3, 6, 7
Franco.....	S. 4
Belgien.....	S. 4
Frankreich.....	S. 5
Alte Sozialdemokratie.....	S. 6
Rationalisierung.....	S. 7
Spanien vor der Wahl.....	S. 8

VORAN

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
H.G. Öfinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

Druck: Okoberdruck Berlin

ERHARD

Der Tod von Ludwig Erhard ist gleichzeitig der Abschluß einer Epoche. Er war der am meisten mit dem kapitalistischen Nachkriegsaufschwung gleichgesetzte Politiker. Sein Tod fällt zusammen mit dem endgültigen Ende aller Illusionen in einen krisenfreien, harmonischen kapitalistischen Wirtschaftsablauf.

Nichts desto weniger war sein Tod für bürgerliche Politiker und Journalisten ein Anlaß, um wehmütig an die "goldenen" fünfziger und sechziger Jahre zurückzudenken. Wenn es nach Präsident Scheel gehen soll, dann haben wir dieser Herrn mit der dicken Zigarre "unsere Autos, unsere Fernsehapparate, unsere Urlaubsreisen zu verdanken."

Also war es diese Person Erhard und seine Ideen, die den Aufschwung zu verantworten haben? Hat denn Erhard die ganzen Autos und Fernseher mit seiner Hände Arbeit hergestellt? Warum bekommen denn ganz normale Arbeiter keine solchen Nachrufe und Staatsakte? Warum sagt denn niemand, wie der Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg überhaupt zustande gekommen ist?

Denn erstens einmal wurde der Aufschwung gegründet auf eine riesige Zahl von Arbeitskräften (Flüchtlinge, Bauern und Kriegsheimkehrer), die Arbeit suchten und auch ganz miserable Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und eine 50-Stunden-Woche hinnehmen mußten. Mit dem Marshall-Plan, steuerlichen Geschenken und einem weltweitem wirtschaftlichen Wachstum waren dann auch die äußeren Bedingungen gegeben, um die Kapitalisten zu großen Investitionen zu bewegen. Diese in der Tat einmalige Wachstumsperiode führte zu der Illusion, daß nun der Kapitalismus endgültig sein häßliches Gesicht abgelegt habe und die Krisen endgültig der Vergangenheit angehört.

Die bürgerliche Öffentlichkeit identifiziert immernur diese Epoche mit dem übergewichtigen Erhard. Warum zeigt man nicht auch die Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen, die sich nur durch harte Arbeit und Überstunden ein ganz kleines Stück "Wohlstand" leisten konnten, dies aber mit ruinierter Gesundheit und vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit bezahlen mußten?

Erhards Karriere endete jedoch. "Durch seine soziale Marktwirtschaft wurden zugleich die Voraussetzungen für die innere Überwindung des Klassenkampfdenkens und für eine sehr aktive, gesunde Sozialpolitik geschaffen.", meinte die WELT (6.5.77)

Erhards Karriere endete jedoch ebenso schnell wie sie angefangen hatte. Nicht zufällig stürzte der große Nachkriegsheld Ende 1966 mit der eintretenden ersten größeren Wirtschaftskrise nach langen Aufschwungsjahren.

Im Gegensatz zur WELT dürfte Erhard in seinen letzten Jahren im angesehen haben, daß das Rad der Geschichte letztlich stärker ist als eine Idee, die den unvermeidlich in Kapitalismus sich verschärfende Klassenkampf für tot erklärt. Erhard war ein Vertreter des größten wirtschaftlichen Aufschwungs in der Geschichte des Kapitalismus überhaupt. Aber die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus hat auch er nicht beseitigen können. Der Klassenkampf ist als Motor der Geschichte letzten Endes doch stärker als jede kapitalistische Ideologie von "freier" und "sozialer" Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft, das werden die nächsten Jahre deutlich zeigen. Und Erhards Ideen werden dort landen, wo sie hingehören: auf dem Müll der Geschichte.

Druckerstreik mit Folgen

GESETZ SCHÜTZT UNTERNEHMER

Solidarität mit den Aalener Kollegen

Ein Jahr nach dem Druckerstreik sollte am 27. 4. 77 vor dem Amtsgericht Ellwangen (Baden-Württemberg) die Hauptverhandlung gegen 14 Drucker einer Zeitungsverlages des Ostalbkreises stattfinden. Die Anklage lautete: fortgesetztes gemeinschaftliches Vergehen der Nötigung und Landfriedensbruch. Den Angeklagten drohten Geldstrafen über je 1000 DM, Schadensersatzforderungen über je 7000 Mark und ein Eintrag ins Strafregister. Nach einer breiten Solidarisierungswelle von über 18 000 Unterschriften für die Forderung nach Einstellung des Verfahrens und ein uneingeschränktes Streikrecht sowie zahlreichen Protestschreiben an den Verlag und die Staatsanwaltschaft, kam es durch die Verhandlungen der Druckergewerkschaft und den Rechtsanwälten mit der Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens. Als Bedingung dafür mußten die 14 Kollegen gegenüber der Staatsanwaltschaft eine Erklärung unterschreiben, in der sie ihr Verhalten beim Druckerstreik als unangemessen und nicht durch das geltende Recht abgedeckt eingestehen.

Entschlossenheit

Noch am ersten Streiktag müssen die Drucker erfahren, daß in Ellwangen dem Druck- und Verlagsort für 16 000 Exemplare einer Lokalzeitung, 220 000 Zeitungen für den ganzen oberschwäbischen Raum gedruckt werden. Was bleibt den Druckarbeitern jetzt anderes übrig als die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern? Als die Streikenden vor der Streikbrecher-Druckerei ankommen, sind die meisten Zeitungen bereits ausgeliefert. Nur noch ein LKW steht im Hof. Die Drucker stellen sich vor die Ausfahrt. Die Geschäftsleitung fotografiert. Zwei mal rast der LKW-Fahrer mit hoher Geschwindigkeit auf die Kette von Streikposten zu und bremst erst kurz davor, so daß drei von ihnen am Arm erwischt werden. Als die Polizei aufkreuzt und nach dem Verantwortlichen fragt, antworten die Streikposten spontan: "Der sitzt im Betrieb". Darauf fordern die Polizisten den ersten wegfahrens PKW-Fahrer sogar auf, den Kofferraum zu öffnen und leuchten diesen aus. Am nächsten Tag wird die Polizei so verstärkt, daß die weitere Auslieferung von Zeitungen sichergestellt ist. Vom ersten zum zweiten Streiktag kontrollieren die Streikposten aber die ganze Nacht alle Autos, die die Druckerei verlassen. "Alle Kolleginnen und Kollegen haben in dieser

Nacht gemerkt, daß wir, wenn wir zusammenhalten, etwas erreichen können. Eine wichtige Erfahrung, die wir uns auch im Betrieb immer wieder vor Augen halten müssen".

Bei der Urabstimmung über Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der 9%igen Lohnforderung stimmten am 27. 4. 76 über 95% der Druckgewerkschafter aus Aalen für Streik.

Gericht

Am 13. Mai wird nach dem Lohnabschluß von 6% der Streik beendet, und die Arbeiter des Süddeutschen Zeitungsdienstes Aalen wollen zur Nachtschicht wieder an ihre Arbeitsplätze. Dies wird ihnen von der Geschäftsleitung verweigert, weil die Zeitung angeblich schon fertig ist.

Als einen Tag später wieder alle an ihren Arbeitsplätzen sind, wird zwei Betriebsräten die fristlose Entlassung angekündigt. Ihnen wird Rädelführerschaft, Nötigung und Hausfriedensbruch vorgeworfen. Vor dem Arbeitsgericht waren diese Anschuldigungen nicht beweisbar und die Aussagen der Zeugen der Geschäftsleitung so widersprüchlich und unglaubhaft, daß das Landesarbeitsgericht die Weiterbeschäftigung anordnete.

Gegen 14 Kollegen erstattete die Geschäftsleitung "Strafanzeige wegen Zusammenrottung, Nötigung und Hausfriedensbruch". Den Angriff der Nötigung geben die 14 Kollegen aus Aalen dorthin zurück, wo er hingehört - an die Bosse. "Nötigung - wer hat denn hier wen genötigt? Wurden nicht wir Arbeiter der Druckindustrie zu diesem Streik genötigt, um eine weitere Verschlechterung unseres Lebensstandards zu verhindern?"



Arno Becker Würzburg

Arbeiter in der DDR

Liebe Genossen!

Als ich vor einigen Wochen mal kurz in der DDR zu Besuch war, habe ich einen etwa 40-jährigen Arbeiter kennengelernt und mich mit ihm 2-3 Stunden lang über alles mögliche unterhalten.

Zuerst einmal hat mir der Mann fast stundenlang über Versorgungsschwierigkeiten und Planungsfehler berichtet, die eigentlich in einem "sozialistischen Staat" nicht vorkommen dürften. In seinem Stadtteil gibt es zum Beispiel keinen einzigen Bäcker. Eier sind oft kaum zu kriegen - nicht weil zu wenig produziert werden, sondern hauptsächlich weil sie schlecht verpackt werden und so die meisten beim Transport kaputtgehen. Fleisch und Wurst sind immer noch im Vergleich zum Einkommen viel zu teuer und obendrein noch viel zu knapp. Gute

und große Wohnungen gibt es immer noch viel zu wenig, doch mit Beziehungen kommt man viel eher an eine neue und billige Wohnung dran.

Man muß aber auch sagen, daß diese Art Kritik an den Engpässen und zum Himmel schreienden Mißständen nichts zu tun hat mit den Berichten, wie sie immer wieder in der bürgerlichen Presse bei uns kommen und die immer Sozialismus gleichsetzen mit totalitärer Diktatur. Die DDR-Arbeiter wissen sehr wohl, daß bei ihnen Kapitalismus und Großgrundbesitz endgültig abgeschafft sind und sie sehen auch die riesigen Errungenschaften einer Planwirtschaft. Und sie wollen auch nicht ihre Betriebe den alten kapitalistischen Besitzern zurückgeben. Ihre schlechten Erfahrungen mit dem Regime haben sie auch nicht zu Gegnern des Sozialismus gemacht.

Und noch eines: Ich habe den Eindruck, daß für die meisten Arbeiter in der DDR die SPD immer noch die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und die Hoffnungen vieler Arbeitergenerationen verkörpert. Von der DKP ist da gar nicht die Rede. Was mir mein Bekannter aber zur SPD sagte, könnte kaum besser in VORAN gesagt werden:

"Wenn man sich das anschaut, da ist doch in der BRD nur eine große Partei, die vom Namen und der Tradition her noch etwas sozialistisches hat, aber was macht sie denn? Sie gibt ja in jeder Frage nach, sie verwässert jede Reform. Und die ganzen Skandale und Korruptionsaffären kann ich ja nicht verstehen."

dern? Wir kämpften gegen die Kürzung unseres Reallohns vor dem Hintergrund steigender Unternehmerrgewinne und dem Verlust von 30 000 Arbeitsplätzen durch Rationalisierung seit 1972.

Hätten wir mit den Händen in den Taschen zusehen sollen, wie unser Streik unterlaufen wird? Aber so fragt das Gesetz natürlich nicht. Dort steht der Schutz des Privateigentums der Unternehmer - das ja wir erarbeitet haben - im Vordergrund. So wird für Unternehmer, die ihre Ware verkaufen wollen (z.B. Zeitungen), die Straße zur Not freigeprügelt - wie in Berlin, Darmstadt, Reutlingen usw. Hat man aber schon einmal gehört, daß die Polizei Arbeitern behilflich gewesen wäre, in einen aussperrenden Betrieb zu gelangen, damit die Arbeiter IHRE Ware, nämlich ihre Arbeitskraft verkaufen können?

Auf deutsch: Unternehmer werden geschützt, Arbeiter werden gerichtlich verfolgt! Immer mehr Arbeiter machen, wie ihre Aalener Kollegen, die bittere Erfahrung, daß der bürgerliche Staat und seine Gesetze nicht auf ihrer Seite stehen. Daran wird sich nichts ändern, solange die Kapitalisten die herrschende Klasse sind, d.h. über die Produktionsmittel verfügen. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei werden zunehmend umorientiert auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung werden verstärkt demokratische Rechte abgebaut. Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote sind fester Bestandteil dieser sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sozialromantik

Außerdem hat der Druckerstreik 76 gezeigt, wie Unternehmer eiskalt die Verfassung brechen können, ohne daß sie in Schwierigkeiten kommen mit den sonst so fleißigen Verfassungsschützern in der Staatsbürokratie. In Hessen ist nämlich die Ausspernung laut Verfassung verboten. Den Kapitalisten der hessischen Druckindustrie war das egal. Sie sperren trotzdem aus.

Der Klassenstandpunkt der Kapitalisten lautet: "Das Zeitalter der Sozialromantik der 50er und 60er Jahre ist endgültig vorbei... Es ist an der Zeit, sich dessen bewußt zu werden, die Dinge beim Namen zu nennen, wachsam zu verfolgen und mit Besonnenheit, aber auch mit Entschlossenheit keinen Zentimeter Boden mehr preiszugeben." (Karl-Wilhelm Weber, Mitglied des Bundesverbandes Druck). Darauf gibt es nur eine Antwort: Wie die Druckarbeiter aus Aalen die Dinge vom Standpunkt der Arbeiterklasse deutlich beim Namen nennen. Das genügt aber nicht! Die große Bereitschaft der Aalener Kollegen zum aktiven Arbeitskampf trifft für die letzten beiden Tarifrunden auf die meisten Arbeiter und Angestellten in allen übrigen Branchen zu. Diese Kampfkraft muß künftig von der Gewerkschaftsführung voll ausgeschöpft werden, damit ein weiterer Reallohnabbau verhindert wird. Und wenn die Unternehmer "keinen Zentimeter Boden" mehr preisgeben wollen von dem, was die arbeitende Bevölkerung geschaffen hat und weiter schafft, dann ist es an der Zeit, daß ihnen der Boden ihrer Herrschaft entzogen wird durch den Aufbau einer sozialistischen Demokratie.

ZWANGSARBEIT

Liebe Genossen

In einer Gesellschaft, wo die Unternehmer das Recht auf Arbeit für verfassungswidrig halten, ist es für sie auch selbstverständlich, daß sie bestimmen, wer wann und wo seine Arbeit verliert.

Jetzt sollen arbeitslose Zwangsarbeit ausführen. Dabei gilt der Arbeitslose jedoch immer noch als arbeitslos:

Er erhält keinen Lohn, sondern weiterhin Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Alles soll ohne abgeschlossene Beschäftigungsverhältnisse ablaufen, d.h. die Betriebsräte "haben keine rechtlichen Möglichkeiten, sich um den arbeitenden Arbeitslosen zu kümmern."

Ich bin selbst arbeitslos und weiß, was es bedeutet, wenn man sich bei der Arbeit eingesetzt hat, rausgeschmissen wird und dann vom Arbeitsamt behandelt wird, als sollte man sich freuen, daß man überhaupt noch lebt.

Wer arbeitslos ist, weiß wie es ist, die Schwierigkeiten mit der Familie, mit den Nachbarn, und natürlich mit sich selbst und dem eigenen Einkommen. Jetzt

sollen wir gezwungen werden, überall zu arbeiten mit dem Geld eines arbeitslosen und ohne Schutz des Betriebsrats!!! Dazu kommt, daß alle Kosten für die Unternehmer übernommen werden könnten, wenn der Arbeitgeber die Eignung des arbeitslosen Arbeitssuchenden für seinen Betrieb bezweifelt!!!

Diese Heuchler, die Unternehmer, kriegen so umsonst die Leute zurück, die sie rausgeschmissen haben! Ich weiß aber, wer rausgeschmissen werden sollte - die Unternehmer selbst.

Brigitte Jäger Hannover

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE (FORTS.)

Denn die Springer- und sonstige meist CDU/CSU-freundliche Tagespresse unterstützte durchweg die Maßnahmen des SPD-Parteivorstandes und ermunterte Egon Bahr gleichzeitig, noch viel gründlicher durchzugreifen: "Die Absetzung des demokratisch gewählten Vorsitzenden einer SPD-Arbeitsgemeinschaft durch den Parteivorstand ist schon eine kräftige Maßnahme, die öffentliche Anerkennung verdient" (Rheinische Post)

"...der von der SPD eingeleitete Reinigungsprozess ist mit einem Rauschschuß allein nicht ausgedungen." (Düsseldorfer Nachrichten)

Die WELT (28. 4. 77): "Will die SPD ihre Glaubwürdigkeit im Rahmen des parlamentarisch-demokratischen Parteienspektrums behalten, ... bleibt ihr tatsächlich nichts anderes übrig."

Die FAZ (29. 4. 77) meinte wörtlich: "Benneter persönlich ist unwichtig" und sprach sich gegen eine "Personalisierung des Konfliktes" aus. Nochmal die FAZ (28. 4. 77): "Wenn die SPD politisch wieder Tritt fassen will, dann muß sie endlich mit dem harten Kern der Jakobiner abrechnen: in Form von Unvereinbarkeitsbeschlüssen..."

Der Generalsekretär der CDU, Geißler, war immer noch nicht zufrieden: Das Vorgehen gegen Benneter beschrieb er als "halbherzig". "Ohne schnellen Aus-schluß Benneters und seiner Gefolgsleute wird es der SPD nicht gelingen, ein Abdriften der SPD-Basis in den Marxismus zu stoppen."

Freiheit des Geistes heißt Redefreiheit

VORAN HAT SICH IMMER SOLIDARISCH ERKLÄRT MIT ALLEN GENOSSEN, DIE WEGEN KRITISCHER ÄUSSERUNGEN IN EINEN ORGANISATORISCHEN KONFLIKT GERATEN SIND MIT DER PARTEIFÜHRUNG, UNABHÄNGIG VON DEM JEWEILIGEN POLITISCHEN STANDORT DIESER GENOSSEN. Nicht umsonst heißt es im Godesberger Grundsatzprogramm unserer Partei: DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS IST DIE PARTEI DER FREIHEIT DES GEISTES.



BAHR

Diese Solidarität gilt auch dem suspendierten Vorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, d.h. also:

Ungeachtet der politischen Meinungsunterschiede zu ihm stellen wir uns hinter den vom Ausschluß bedrohten Genossen Benneter und fordern die sofortige Einstellung des Parteiordnungsverfahrens gegen ihn.

Wir kämpfen für die Grundsätze der sozialistischen oder Arbeiterdemokratie. Das heißt für uns eine möglichst freie, offene und ausführliche Diskussion in den Reihen der Arbeiterbewegung, damit wir voneinander lernen und die beste Alternative gemeinsam finden können.

Dem muß jeder Jungsozialist und Sozialdemokrat voll zustimmen können. Wenn immer wieder die Vorwürfe kommen, die Jusos und Linken in der SPD seien parteischädigend, so müssen wir uns fragen, wer eigentlich wirklich unserer Partei schadet und sie stimmen kostet.

Daß wir alle den Sozialismus wollen, das kann man voraussetzen. Das will die Partei seit über 100 Jahren. Aber wie wir da

hin kommen, ist seit 100 Jahren immer noch nicht klar!

Die innerparteiliche Diskussion dient der Strategiediskussion und kann nie als parteischädigend gelten. Benneter würde demokratisch gewählt, zwar knapp, aber niemand hat die Wahl angefochten, auch nicht Egon Bahr. Dann auf einmal spürten wir, was Solidarität bei einigen führenden Genossen der alten Bundesvorstandslinie heißt. Führende Vertreter der unterlegenen Position erklärten den Verband für gespalten! Manche Juso-Bezirksvorsitzende meinten sogar, man könnte nicht mit diesem neuen Vorstand zusammenarbeiten. Diese Äußerungen haben sicherlich nicht dem Zusammenhalt der Jusos gedient, sondern eher der Schwächung der Jungsozialisten auf Bundesebene.

malerweise nicht irgend eine Ideologie oder leere Worte wählen. Er denkt praktisch und urteilt anhand von seinem Geldbeutel, den Preisen, Mieten und Gebühren, seiner sozialen Sicherheit und dem allgemeinen Lebensstandard. Und wenn er merkt, daß es ihm schlechter geht als noch vor 4 Jahren, dann fragt er sich erst einmal, wer in der Regierung sitzt. Und da wird er dann führende Sozialdemokraten finden, die bei jeder weitgehenden Reform- oder Lohnforderung den Zeigefinger heben und sagen, das geht einfach nicht. Und er wird sehen, wie die Unternehmer klar begünstigt, die Arbeiter, Rentner und Jugendlichen noch mehr geschöpft werden.

Er wird auch die Glaubwürdigkeit einer Partei der Arbeiterbewegung daran messen, wie ernsthaft sich die führenden Genossen für die



Auch die rechten Vorstände einiger Gewerkschaften schossen den neuen Bundesvorstand an und schlossen eine Zusammenarbeit mit ihm aus. Doch der Bundesvorstand reagierte gar nicht darauf, und auch die auf dem Kongress unterlegenen Genossen taten nichts, um dem zu widersprechen. Erst nachdem Benneter die Mitgliedschaftsrechte entzogen wurden, gab es eine kämpferische Solidaritätserklärung mit dem kurzlebigen Vorsitzenden der Jusos vom Bundesvorstand. In dieser Erklärung stand unter anderem folgendes drin: "DIESER EINGRIFF BEHINDERT DIE PRAKTISCHE ARBEIT DER JUNGSOZIALISTEN IN UNERTRÄGLICHER WEISE UND ER SCHWERT ERNEUT, IN DER LERNENDEN UND ARBEITENDEN JUGEND FÜR DEN DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS UND DAMIT AUCH FÜR EINE MITARBEIT IN DER SPD ZU WERBEN....."

"Einmal mehr weicht damit die SPD einer ernsthaften Aufarbeitung der wirklichen Probleme aus die zur tiefgreifenden Vertrauenskrise der SPD geführt haben: - Der versuchte Bruch von Wahlversprechungen gegenüber den Rentnern

- Verfassungswidrige Abhöraktionen
- Finanzskandale führender Sozialdemokraten in Hessen und letztlich die Unfähigkeit der Regierung, wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einzuleiten.

DIE UNGLAUBWÜRDIGKEIT DIESER VORGEHENS WIRD UM SO DEUTLICHER, WENN MAN SIEHT, WIE DIE PARTEIFÜHRUNG DAS OFFENE PAKTIEREN VON MÜNCHENER PARTEIRECHTEN UND DER FRITZLER-GESELLSCHAFT MIT DER CDU/CSU GEGEN DIE SPD BIS HEUTE VERHARMLOST!"

Parteischädigung

Waren Benneter und seine Anhänger für die Rentenaffäre verantwortlich?

Oder für den Fall Traube? Oder für den Radikalenerlaß? Haben die Jusos die Ausgaben für Bildung und Sozialleistungen gekürzt? Sind die Jusos vor die Arbeiter getreten und haben dazu aufgerufen, den Gürtel enger zu schnallen?

Haben denn die Jusos überhaupt die alten Reformziele und Grundsätze des Godesberger Programms fallengelassen? Ist der Juso-Vorstand in Finanzskandale verwickelt?

So muß man die Fragen stellen, wenn es um grob parteischädigendes Verhalten geht. Und wenn uns irgendjemand auch nur eine dieser Fragen mit "ja" beantworten kann, dann sind auch wir für ein Parteivorstandsverfahren gegen den Genossen Benneter.

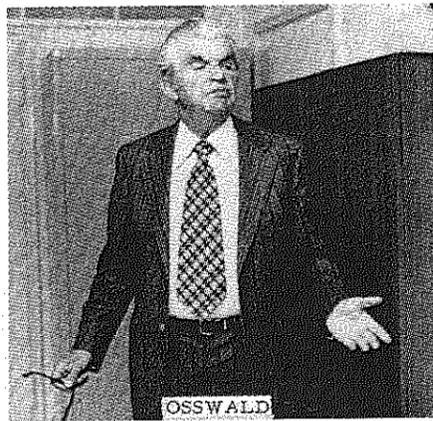
Der "kleine Mann" von der Straße wird nor-

Belange der Arbeiter und Angestellten einsetzen und ob die die Alltagssorgen des kleinen Mannes kennen.

Und da passiert es doch, daß ein Berliner Innensenator Neubauer aus seiner vierjährigen Aufsichtsratsstätigkeit bei einer senats-eigenen Berliner Bank 56.000 DM "Entschädigung" erhält und wegen einer "Schlamperei bei der häuslichen Kassenführung" die Abführung dieses Geldes ganz vergißt.

Was für den Genossen Neubauer ein kleines Taschengeld ist, das man schon mal verschlampen kann dafür müssen die meisten Arbeiter hart schufteln!

Und auch der hessische "Biedermann" Albert Osswald hat das Ansehen unserer Partei ganz erheblich geschädigt. Er hatte sich durch seinen Posten bei der hessischen Landesbank Kredite zu unerhört günstigen Zinsraten besorgt und sich als erfolgreicher Grundstücksspekulant betätigt, indem er Bauerwartungsland für 60 Pfennig pro Quadratmeter auf und für 75 DM wieder verkaufte.



OSSWALD

OSSWALD UND NEUBAUER SIND ZURÜCKGETRETEN. IHRE RENTEN SIND GESICHERT....

taktische Mitgliedschaft

Aber wie viele solcher Leute sind immer noch in Amt und Würden - Leute, die unsere Partei dazu mißbraucht haben, um sich persönliche Vorteile zu schaffen und ganz andere Interessen durchzusetzen als die Grundsätze unserer Partei?

In München, Krefeld, Hannover und anderswo sind in den letzten Monaten Stadträte und Abgeordnete aus der Partei ausgetreten, nachdem sie nicht mehr wieder von der Partei für die nächsten Wahlen aufgestellt worden waren. Für solche Leute jedenfalls ist die Mitgliedschaft in der SPD wohl wahrscheinlich eine taktische Frage gewesen, eine Frage der Karriere. Und es gibt wahrscheinlich noch eine ganze Reihe solcher Karrieristen, die bisher hoch in ihren Sesseln sitzen.

Der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber

erklärte in einem vertraulichen Brief an Strauß, daß mehrere hundert Mitglieder der SPD - DARUNTER VIELE BÜRGERMEISTER, STADTRÄTE UND PARTEIFUNKTIONÄRE - bei der Bundestagswahl nicht mehr SPD wählen würden, und wenn, dann nur aus alter Anhänglichkeit. VERLANGT DIESER SKANDAL NICHT SOFORTIGES PO-VERFAHREN GEGEN DIE BETREFFENDEN? Durch den "Pike Report" ist auch die Unterwanderung der internationalen Arbeiterbewegung durch den Geheimdienst CIA an die Öffentlichkeit gekommen. Zahlreiche Meldungen weisen darauf hin, daß für die CIA auch die SPD und die deutschen Gewerkschaften nach 1945 ein Arbeitsfeld waren. (Zu CIA-Aktivitäten, noch mehr in zukünftigen Ausgaben). Warum gibt es da keine sofortigen Untersuchungen oder lückenlosen Aufdeckungen? In diesem Rahmen erhalten die hysteresischen Angriffe gegen eine angebliche "Unterwanderung der Partei durch Kommunisten" und Angriffe auf Genossen, die mutmaßlich die Partei "aus taktischen Gründen" ausnutzen ein neues Gesicht. Denn die, die Parteischädigung" schuldig machen wollen, schweigen bzw. zeigen denen eher Verständnis, die die Partei ausgenutzt haben, um Karriere zu machen. Diese (ehemaligen) Genossen waren nicht für ihre systemkritische Einstellung bekannt, sondern waren oft auch selber Kämpfer gegen den Linksrutsch in der Partei. Einigen dieser ehemaligen Genossen ging es offensichtlich im Kapitalismus - und auf Kosten unserer Partei, versteht sich - so gut, daß für sie der Sozialismus ein drastischen Fall in ihrem Lebensstandard bedeutet hätte. Daher wahrscheinlich ihre Anstrengungen, Linke zum Schweigen zu bringen.

Diese und Andere Zeichen deuten auf eine Angst einiger der Parteifunktionäre vor einer Linksbewegung der Basis. Doch dies ist erst recht unbefehlbar. So sehr Herr Geißler von der CDU darauf drängt, die SPD-Basis vor dem Abdriften in den Marxismus zu retten, so sehr r Leute aus den eigenen Reihen mit bürokratischen Maßnahmen gegen Linke angehen, so sehr wird dadurch die Opposition in der SPD erst recht angespornt werden. Die Parteibasis sucht die offene Kritik, die offene Auseinandersetzung, klare Antworten auf klare Fragen.

Dies wird nicht in erster Linie von einzelnen Leuten wie Benneter abhängen, sondern als Ergebnis der tagtäglichen Erfahrungen wird die breite SPD-Basis früher oder später Richtung Marxismus abdriften. Dies kann letzten Endes durch keine noch so entschlossene Maßnahme verhindert werden VORAN wird auch in der Zukunft hart und kompromißlos für die volle innerparteiliche Demokratie kämpfen und sich hinter alle kritischen Genossen stellen, denen die innerparteilichen Grundrechte verwehrt werden sollen.

KÖLNER JUSOS SOLIDARISCH

Zu einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz der Kölner Jusos trafen sich am 7. 5. die Delegierten der Arbeitsgemeinschaften. Zunächst leiteten der Unterbezirksvorsitzende Karl Rössel und der Bezirksvorsitzende Friedhelm Hilgers die Diskussion über die Konsequenzen aus dem "Fall Benneter" ein.

Eine längere Diskussion entwickelte sich über zwei vorliegende Solidaritätserklärungen. Das erste Papier war von einem breiten Spektrum Kölner Parteilinker erarbeitet, und auch schon in einigen OV's verabschiedet worden.

In diesem Dokument wurden die administrativen Maßnahmen des Parteivorstandes verurteilt und eine Zurücknahme des Beschlusses gefordert; der Inhalt der Äußerungen des Genossen Benneters wurde jedoch nicht besonders herausgestellt.

Deshalb wurde ein Antrag gestellt, zwei Abschnitte aus dem zweiten Papier - der Solidaritätserklärung des Bezirksausschusses Mittelrhein der Jusos - zu übernehmen, die die Äußerungen über die CDU/CSU und die Parteimitgliedschaft (SPD) dem Sinn nach wiederholten. Die Befürworter dieses Antrages vertraten die Ansicht, daß eine vollständige Solidarisierung nur erreicht wird, wenn man sich auch hinter die Inhalte der Äußerung des Genossen Benneter stellt.

Die Gegner dieses Antrages zur Abänderung hingegen waren der Meinung, um eine möglichst breite Basis zu solidarisieren auf die Übernahme der Absätze verzichten solle. Außerdem befürchteten sie selbst Konsequenzen von Seiten der Parteiführung. Nach einer gegensätzlichen Diskussion in dieser Frage kam es zu einer Abstimmung in der sich die Delegierten mit 54 zu 50 gegen den Abänderungsantrag aussprachen.

Danach wurde dann das erste Papier ohne Abänderung als Solidaritätserklärung der Kölner Jusos verabschiedet.

Ralf Habenicht, Delegierter.

FRANCO UND DER SPANISCHE FASCHISMUS



HEINZ
THIELMANN

(FORTSETZUNG)

Franco Schritte wurden von Churchill, einem langwährenden Verehrer des Caudillos, der den strategischen Vorteil eines Bündnisses mit dem spanischen Regime sah, begrüßt. Francos zynische Manöver waren für das Überleben seines Regimes in der Nachkriegsperiode lebensnotwendig.

1953 unterstützte die US-Regierung Franco wirtschaftlich. Dies war eine Zeit, als seine Position durch die wirtschaftliche Krise ernstlich bedroht war. Dafür durften die USA strategische Luftwaffenstützpunkte in Spanien errichten. 1955 wurde Spanien in die Vereinten Nationen aufgenommen. 1959 besuchte Präsident Eisenhower Spanien und so besiegelte er den Erfolg von Francos Außenpolitik. Die wirtschaftliche und militärische Hilfe durch die USA war zweifellos ein wichtiger Faktor der Stabilisierung der Herrschaft Francos.

Nachdem er die Kräfte der Volksfront niedergeschlagen hatte, machte sich Franco daran, seine Machtposition zu festigen. Francos Regierung und sogar seine Familie hatten enge Verbindungen mit den Banken und dem Großkapital, in deren Interesse er die Macht ergriff und herrschte.

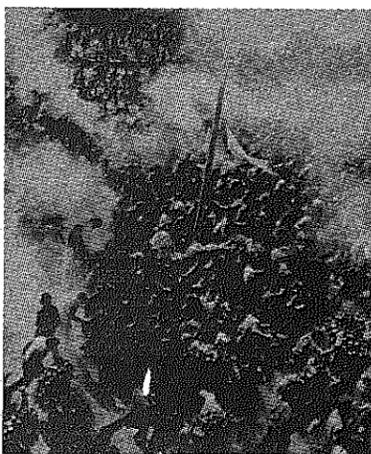
Aber Franco schuf auch einen ungeheuer mächtigen Staatsapparat, der eine gewisse eigene Unabhängigkeit annahm. Dies wurde möglich durch die Unterdrückung der Arbeiterklasse, die totale Vernichtung ihrer Organisationen und eine andauernde Schreckensherrschaft gegen jede Opposition. Viele Untersuchungen, die sowohl von liberalen und religiösen als auch sozialistischen Organisationen unternommen wurden, haben die brutale Politik der Verhaftungen und Polizeifolter während der ganzen Dauer der Herrschaft Francos ans Licht gebracht.

Franco besetzte seine riesige Verwaltung und seinen Unterdrückungsapparat mit Rekruten aus der Armee und der Falange, die ihre Loyalität im Bürgerkrieg bewiesen hatten, und belohnte sie auf diese Weise für ihre Verdienste. Die Tradition der Begünstigung, der Vetternwirtschaft und der Korruption der spanischen Gesellschaft wurde im Regime Francos zur Einrichtung. Franco spielte die Armeechefs, die Falangeführer, die Carlisten und die Borbonen gegeneinander aus, um die eigene Position zu stärken. Die Falange wurde in den Hintergrund gedrängt, besonders nach der Wende weg von den Achsenmächten hin zu einer pro-Alliierten Politik. Die Falangeführer wurden schrittweise von der Macht abgelöst. In den letzten fünf bis zehn Lebensjahren Francos wurden all die wichtigen Stützpunkte seines Regimes allmählich untergraben. Er konnte sich nicht mehr auf die Loyalität der Kirche verlassen: die Hierarchie war gespalten und ihm weitgehend entgegengesetzt; viele Priester gingen in den offenen Aufstand gegen das Regime über. Sogar die Armee, der Schlüssel zu seinem ursprünglichen Erfolg, war nicht mehr völlig zuverlässig. Die oberen Offiziere hatten geteilte Einstellungen zur Politik Francos und viele junge Offiziere lehnten den Faschismus völlig ab. Große Teile der Mittelschichten wandten sich gegen den Totalitarismus und begannen, die Arbeiterklasse zumindest passiv zu unterstützen.

Dazu kam noch, daß illegale, heimliche Organisationen der Arbeiter wiederauflebten. Sie begannen große industrielle und politische Kämpfe gegen die Unterdrückungskräfte. So konnte streng genommen Francos Regime nicht länger als faschistisch betrachtet wer-

den, sondern es ist zu einem bonapartistischen Regime entartet, dem alle wirkliche Reserven sozialer Unterstützung fehlten. In der Periode nach 1939, "den Jahren des Hungers", kamen zur Unterdrückung für Millionen Spanier äußerste Armut und Hunger hinzu. In seiner Wirtschaftspolitik, wie sonstwo, machte Franco einen bewußten Versuch, in die Vergangenheit zurückzukehren. Er stoppte die Agrarreformen und verschob industrielle Veränderungen, indem er die Tyrannherrschaft der Bosse wiederherstellte. Jedoch nahm der Staat in die Hände Verantwortung für die Leitung des wirtschaftlichen Lebens wegen der Verwüstung des Bürgerkriegs und der nationalen und internationalen Wirtschaftskrise. Francos Wirtschaftspolitik konnte die fast totale Stagnation der Wirtschaft nicht überwinden, trotz der Exportzunahme während des Zweiten Weltkrieges. 1945 war das pro-Kopf-Einkommen niedriger als 1936 und stieg erst 1951 wieder über dieses Niveau. Nur durch die rechtzeitige Wirtschaftshilfe von den USA, für die im spanisch-amerikanischen Abkommen von 1953 gesorgt wurde, begann sich die spanische Wirtschaft von der langdauernden Rezession zu erholen.

Das Abkommen von 1959, das Franco mit dem Internationalen Währungsfonds und den USA schloß, und das das Regime vom finanziellen Zusammenbruch rettete, markierte einen deutlichen und wichtigen Wandel in der Wirtschaftspolitik Francos.



Die neue Politik war eine des größeren wirtschaftlichen Liberalismus und des Aufschließens Spaniens für ausländische Investitionen die die großen Monopole und Banken begünstigte. Die große Ausdehnung des Welthandels, Investitionen von den multinationalen Firmen die von Spanien durch die billige und disziplinierte Arbeiterschaft angezogen wurde, das beispiellose Wachstum des Tourismus und die Überweisungen Spanischer, die gezwungen worden war, Arbeit in Europa zu finden, trugen alle zum raschen, aber sehr ungleichmäßigen Wachstum der spanischen Wirtschaft bei.

In den sechziger Jahren prahlte Franco, daß der wirtschaftliche Aufschwung den sozialen Frieden hergestellt hatte und daß Spanien sich dadurch mit seinem Regime versöhnt hatten. Während jedoch das ungewöhnliche Wachstum dieser Periode dem Regime das Ansehen der Stabilität und Stärke gegeben hat, hat er gleichzeitig die Bedingungen des Niedergangs geschaffen.

Die Entwicklungen, die Spanien zum ersten Mal in ein Industrieland verwandelten, schufen gleichzeitig eine Generation junger Arbeiter, die unbeschadet vom Bürgerkrieg

zahlenmäßig stärker und zuversichtlicher als ihre niedergeschlagenen Eltern, die sehr kritisch dem Francismus gegenüber und immer sehr bereit waren, es im Kampf mit dem Regime aufzunehmen. In den letzten fünf bis zehn Jahren haben wir gesehen, wie großartig sich diese neue Arbeitergeneration entwickelt hat. Unter den Bedingungen vollkommener Illegalität und trotz brutaler Unterdrückung haben die Arbeiter geheime Organisationen geschaffen, die weitverbreitete Streiks und Demonstrationen gegen die Bosse und den Staat geführt hatten. Die Entwicklung hat mehr als alles andere die Todesstunde des Francismus angekündigt.

Das spanische Großkapital ist vor große Schwierigkeiten gestellt worden. Franco hatte es 1936-39 vor der sozialistischen Revolution gerettet. Aber sein selbstherrliches Regime wurde immer mehr eine Zwangsjacke für die moderne Industriegesellschaft. Die Vertreter des Großkapitals drängen seit langem auf eine "Liberalisierung" des Regimes. Sie erkennen aber auch, daß der Nachkriegserfolg des spanischen Kapitalismus im großen Ausmaß vom faschistischen oder bonapartistischen Schutz abhing. Obwohl sie jetzt den Francismus für eine wirtschaftliche Fessel und für eine politische Last halten, können sie kaum zuversichtlich sein, besonders zu einer Zeit der Weltrezession, daß der spanische Kapitalismus vorwärts gehen kann, wenn er gleichzeitig gezwungen ist, einer Arbeiterklasse, die die verlorene Zeit nachholen will, demokratische Reformen zu gönnen.

Dies sind die Schwierigkeiten, die die gegenwärtige Verwirrung der herrschenden Klasse in Spanien und das Schwanken der Regierung zwischen dem Versuch einer Liberalisierung und erneuter verstärkter Unterdrückungsmaßnahmen kennzeichnet. 1969 kündigte Franco an, Prinz Juan Carlos würde sein Nachfolger als Staatsoberhaupt werden. Gleichzeitig wurde der Ausnahmezustand zum ersten Male seit Ende des Krieges verkündet, weil die Opposition einen Massenaufschwung erlebte. Im Grunde war es schon für Franco

zu spät, für einen reibungslosen Übergang zu sorgen, der das Wesen des Francismus bewahren würde.

In dieser Situation lehnte es Franco entschieden ab, die Macht vor seinem Tode aufzugeben. Die Gruppierung innerhalb der herrschenden Kreise, die ihn zu beseitigen versuchten, fürchteten sich davor, konsequent zu handeln, weil sie so eine selbstständige Bewegung der Arbeiter auslösen könnten. Indem er aber bis zum Ende an der Macht festhielt, half Franco unabsichtlich, all die Bedingungen für revolutionäre Entwicklungen, die die herrschende Klasse so sehr fürchtet.



Franco-Erbe Juan Carlos I. Franco

Franco ist tot. Sein Regime liegt in Trümmern. Sein auserwählter Nachfolger, Juan der "Kurzlebige", wie er im Volksmund genannt wird, hat einen Sturm von Arbeitskämpfen geerbt.

Die Ideen des Sozialismus, die Franco in Spanien für immer ausgerottet haben wollte, sind von den fortgeschrittenen und kämpferlichsten Schichten der Arbeiter und der Jugend wiederentdeckt worden. Die Zukunft wird zeigen, daß Francos Regime bloß ein langes, reaktionäres, barbarisches aber nichtsdestoweniger vorübergehendes Zwischenspiel zwischen zwei Perioden welterschütternder revolutionärer Kämpfe war.

BELGIEN

Vor zwei Monaten löste der belgische christdemokratische Regierungschef das Parlament auf. Die Koalition aus der Christlichen Volkspartei, den Liberalen und den Wallonischen Regionalisten war nicht mehr regierungsfähig, weil ihr Plan, die Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse zu heilen, die größten Arbeitskämpfe seit dem Generalstreik 1960/61 auslöste.

Der sogenannte "Egmont-Plan" der Regierung, den die Arbeiter bekämpfen, sieht folgende Maßnahmen vor:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer.
- Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung.
- Aushöhlung des Kindergeldsystems.
- "Solidaritätszuschlag" von 0,4 % auf die Bruttolöhne zur Gesundung der staatlichen Sozialversicherung.

Außerdem versuchte die Regierung die geltende automatische Inflationsausgleichsregelung bei Lohnerhöhungen dadurch zu untergraben, daß die von der Mehrwertsteuererhöhung stark betroffenen Benzin- und Tabakpreise aus dem offiziellen Preisindex ausgeklammert werden sollen. Die gegenwärtige Inflationsrate beträgt in Belgien 9 %.

Streikwelle

Die arbeitende Bevölkerung begegnete diesem Angriff auf ihren Lebensstandard mit Streik. Am 25. Februar legten über 300.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Der gesamte Eisenbahnverkehr brach zusammen. Es gab keine Fahrverbindungen mehr nach England. In den folgenden Wochen gab es weitere Schwerpunktstreiks und Aktionen der Gewerkschaften. Obwohl die Bereitschaft zum Generalstreik groß war, mobilisierten die sozialistischen Gewerkschaftsführer nicht dafür. Sie begründeten dies damit, daß die christlichen Gewerkschaften einen Generalstreik ablehnten und er deshalb keine Chance habe.

Versuche der Gewerkschaftsführung, Betriebe vom Streik auszunehmen, weil sie mit "wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben", scheiterten an vielen Orten. Die Arbeiter dieser Betriebe streikten trotzdem - oder gerade deswegen.

Mit 7,5 % Arbeitslosigkeit drückt die Krise des Kapitalismus besonders hart auf die Schultern der Arbeiterklasse.

Ursula Beck
Juso-AG Graßheim

Die belgischen Arbeiter zeigten, daß sie nicht gewillt sind, weiter für die Krise zu bezahlen. Sie forderten die sofortige Zurücknahme des Programms des "sozialen Abbruchs" und außerdem eine Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 36 Stunden.

Unter dem Druck der Arbeiterunruhen mußte die Regierung Tindemans schon nach dem ersten Streiktag Zugeständnisse machen bezüglich der geplanten Mehrwertsteuererhöhung. Tindemans' Angriffe gegen die Streikenden, denen er "mangelnde Opferbereitschaft" vorwarf und sie beschuldigte, durch ihr Verhalten "sei die Demokratie in Gefahr geraten", schwächten seine Position weiter.

Darauf löste er dann durch eine Art Staatsstreik unter voller Ausnutzung der Verfassungslücken das Parlament auf, schrieb Neuwahlen aus und regierte inzwischen alleine weiter. Ohne parlamentarische Kontrolle fiel so die Entscheidung des militärischen Eingriffs in Zaire zur Unterstützung des Mobutu-Regimes.

Bei den Parlamentswahlen am 17. April erhielt von den 212 Parlamentssitzen die Christliche Volkspartei unter Tindemans 78 Sitze, die Sozialisten und Willi Cläs 61 und die Liberalen 33.

Die beiden rechten Sprachen-Parteien verloren an Stimmen. Jedoch erhielt die flämische Volksunion noch 21 Sitze. Der flämische Norden mit seiner modernen Industrie in den Bereichen Chemie, Elektronik und Konsumgüterproduktion ist nicht so stark betroffen von der Krise wie der wallonische Süden mit seinen Krisenbranchen Kohle, Stahl und Maschinenbau. Diesen wirtschaftlichen Vorteil, sowie die Tatsache, daß der Norden sehr schlecht versorgt ist mit öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen und auf nationaler Ebene relativ schwach politisch vertreten ist, schlagert die flämische Volksunion aus und propagiert die Unabhängigkeit des flämischen Sprachraums.

FRANKREICH AM SCHEIDEWEG

"Mit 56% der Stimmen haben die Parteien der Links-Union unter Führung von Francois Mitterrand eine überragende Mehrheit in der Nationalversammlung mit 320 Sitzen erreicht. Die Sozialisten allein verfügen zusammen mit den Radikalen über 38% aller abgegebenen Stimmen und mit 245 über die Parlamentsmehrheit. Damit sind sie allein in der Lage die Politik des neuen Premierministers Mitterrand zu tragen, Vorlagen der Kommunisten einzufrieren".

Dies ist (noch) nicht der Wortlaut einer Erklärung des französischen Innenministeriums sondern Ergebnis einer Meinungsumfrage des Instituts "Publimetrie", das kürzlich in der konservativen Zeitung "L'Aurore" veröffentlicht wurde. Hätten die Franzosen am Sonntag, den 24. April, zu entscheiden gehabt, dann wäre die Wahl so oder so ähnlich ausgefallen.

Vormarsch der Linksunion

Dieses Umfrage-Ergebnis (Kommentar der FAZ: "... ein lawinenartiger Linksrutsch der Wähler...") übertrifft noch das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen, bei denen die Links-Union aus Sozialisten, Kommunisten und Linksliberalen (Abspaltung von der sogenannten Radikalen Partei) über 50% der Stimmen erringen konnte und jetzt in 70% aller Städte mit über 30.000 Einwohnern regiert.

Kein Zweifel: der "tiefgreifende Wunsch nach Änderung" (Le Monde, 22.3.77) breitet sich immer mehr aus. Die Links-Union hat alle Chancen, die Parlamentswahlen im Frühjahr '78 zu gewinnen.

Nur ein rascher und langandauernder wirtschaftlicher Aufschwung könnte jetzt die zunehmende Radikalisierung der Gesellschaft bremsen.

Wirtschaftskrise

Aber wie sieht die wirtschaftspolitische Realität aus:

- die Investitionstätigkeit der Unternehmer ist 1976 stark zurückgegangen

- Frankreichs Stahlindustrie vegetiert am Rande des Ruins dahin
- die Inflationsrate betrug 1976 durchschnittlich 10%
- das Außenhandelsdefizit hat die gigantischen Ausmaße von 20,5 Milliarden Franc erreicht
- die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich seit geraumer Zeit um die Millionen-Grenze, Anfang des Jahres waren es ca. 970.000
- ca. 390.000 Arbeiter sind länger als drei Monate, 170.000 sogar länger als ein Jahr arbeitslos
- knapp 49% der Arbeitslosen sind unter 25 Jahre alt!

BARRE-PLAN

Das sind die Fakten.

In dieser tiefgreifenden kapitalistischen Krise versucht die herrschende Klasse in Frankreich (wie überall), Lösungen auf dem Rücken der Arbeiter und ihrer Familien durchzusetzen. Nicht zufrieden mit den bisher bereits von der Arbeiterklasse erbrachten Opfern, fordern sie Steuererleichterungen und massive Subventionen durch den Staat - finanziert durch drastische Kürzungen im Sozialbereich. Derartige Maßnahmen würden die Arbeiterfamilien noch zusätzlich zu den von Premierminister Barre bereits im September '76 angekündigten belasten. Dieser "Barre-Plan" sah Preiskontrollen und Beschränkung der Nominallohn-Zuwächse auf 6,5% vor.

6,5% Lohnerhöhung bei einer Inflationsrate von 10% bedeutet aber realen Einkommensverlust! Und die Preiskontrollen haben bisher noch keine Auswirkungen spüren lassen. Im Gegenteil - unmittelbar nach Einführung des Barre-Plans, in den Monaten September und Oktober '76, stiegen die Preise sogar um durchschnittlich 12%. Und auch heute ist man weit davon entfernt, die Preisentwicklung zu kontrollieren: allein die Benzpreise stiegen seit Oktober um 20%; jede Verteuerung der Rohstoffe wird voll an den Verbraucher weitergegeben; im März überzog eine Teuerungswelle all der Industrien den Markt, die sich bisher zurückgehalten hatten.

Auch auf die Arbeitslosen-Zahlen hatte der Barre-Plan sogut wie keine Auswirkungen.

Diese zunehmende Misere für Millionen französischer Familien bereitet unvermeidlich eine soziale Explosion vor.

Bereits im Oktober letzten Jahres gaben die französischen Arbeiter eine Ahnung ihrer Stärke und Kampfbereitschaft. In Paris demonstrierten eine halbe Million Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit und Barre-Plan; in 240 weiteren Städten fanden ebenfalls Streiks und Demonstrationen statt. Dies war die größte Protestbewegung seit 1968, als Millionen Arbeiter auf die Straße gingen und ihre Fabriken besetzten.

Anfang des Jahres riefen die Gewerkschaften eine ganze Serie 24stündiger Protest-Streiks gegen den Barre-Plan im gesamten



öffentlichen Sektor aus, die massenhaft befolgt und unterstützt wurden.

Spaltung

Diese tiefe Wirtschaftskrise spiegelt sich auch in einer Krise der herrschenden Klasse wieder. Die liberale Reformpolitik, mit der Giscard d'Estaing antrat, ist an der harten Realität gescheitert. Heute haben Giscard und sein Premierminister Barre nur Sparmaßnahmen und Lohnverzicht anzubieten.

Der Präsident verliert zunehmend an Vertrauen, selbst unter der eigenen Anhängerschaft. Bei den Kommunalwahlen haben sich viele der früheren Liberalen-Wähler - enttäuscht von Giscard und seinem Kabinettdes Links-Union zugewandt. Als Ergebnis der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft schmilzt die soziale Basis der bürgerlich-liberalen Parteien der "Mitte" zunehmend dahin.

Gaullisten sammeln sich

Der Führer dieser gaullistischen Fraktion, Jacques Chirac, der im Sommer letzten Jahres wegen Meinungsverschiedenheiten mit Giscard aus dem Amt des Premierministers ausschied, hat Ende März bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Barre-Plans erst in letzter Minute die Ablehnung dieses Plans durch die Gaullisten und damit eine Abstimmungsniederlage der Regierung verhindert. Dies hätte den Rücktritt der Regierung und wahrscheinlich Neuwahlen bedeutet. Gleichzeitig teilte er dem Präsidenten schriftlich mit, dies sei das letzte Mal gewesen, daß er "die Existenz der Regierung gerettet habe".



Immer lauter beansprucht Chirac heute als Kopf der neugegründeten gaullistischen "Sammlungsbewegung für die Republik" offen die Führung im bürgerlichen Lager. Für Chirac und seine "Sammlungsbewegung" kommen die Maßnahmen der Regierung zu spät, sind nicht einschneidend genug, geht der Präsident nicht offensiv genug gegen die Links-Union vor.

Giscard unter Druck

Auch die parlamentarische Basis Giscard wird immer unsicherer. Die rechtskonservativen Gaullisten, Teil des bürgerlichen Mehrheitsbündnisses im Parlament, distanzieren sich immer unmißverständlicher von der Politik der Regierung und bezichtigen Giscard öffentlich der Unfähigkeit, die Krise zu meistern.

Sie befürchten - wohl zu recht - daß die gegenwärtige Politik zur Niederlage des bürgerlichen Bündnisses führt. Ähnlich wie seinerzeit de Gaulle versucht Chirac mithilfe seiner Sammlungsbewegung, durch eine Mischung aus populistischer Demagogie, radikalen Forderungen und nationalistischen Phrasen, die Mittelschichten und politisch rückständige Teile der Arbeiterklasse zu mobilisieren und von der Abwanderung nach links abzuhalten.

Diese Kluft zwischen Giscard und Chirac spiegelt deutlich die Spaltung und Krise der

herrschenden Klasse wieder, die ihrerseits Ausdruck der nahenden politischen Stürme in Frankreich ist.

Die politische und wirtschaftliche Krise Frankreichs erfordert politische Lösungen. Der Schlüssel hierzu liegt bei den Arbeiterparteien, besonders bei der Sozialistischen Partei Mitterrands. Die SP ist in den letzten 6 Jahren enorm gewachsen und bekommt weit mehr Wählerstimmen als die Kommunistische Partei. Auch wenn die KP durch die kämpferische Tradition ihrer Mitglieder in den Betrieben stark verankert ist, nimmt der Zustrom junger Gewerkschafter zur SP

sständig zu. Wie nutzt also die SP ihr wachsendes politisches Ansehen in der Arbeiterbewegung?

1972 unterzeichnete die SP zusammen mit der KP und den Linksradiakalen (sozialliber-

ale Gruppierung) das "Gemeinsame Programm" (Programme Commune), das im Falle des (nunmehr als wahrscheinlich anzusehenden) Wahlsiegs der Links-Union durchgeführt werden soll.

Programme commune

Kern dieses Programms ist die Verstaatlichung des gesamten Bankwesens und neun wichtiger Industriebranchen, die etwa 600.000 Arbeiter beschäftigen.

Aber nach Aussagen des führenden SP-Wirtschaftspolitikers, Michel Rocard, werden über 80% der Industrie in Privateigentum bleiben! Und Francois Mitterrand selbst, der Ende vorigen Jahres im Rahmen einer großen Debatte mit Unternehmern diesen die Furcht vor der Linksunion zu nehmen suchte ("Um den Markt kommt man nicht herum."), erklärte gegenüber der Zeitung "Nouvel Economiste": "Unser Ziel ist es, eine gemischtwirtschaftliche Ordnung zu schaffen."

Dieses alte Modell der "gemischten Wirtschaft" hat sich - z.B. in England - längst als unfähig erwiesen, die Krisen des Kapitalismus zu lösen. Denn dies bedeutet letztlich nichts anderes, als daß die wirtschaftliche und damit auch politische Macht in den Händen der Bosse bleibt, die Anarchie des kapitalistischen Marktes nicht aufgehoben werden kann.

Die Kommunalwahlergebnisse zeigen klar, daß die Mehrheit der französischen Wähler eine grundlegende Änderung will. Die SP muß deutlich machen, unter welchen Voraussetzungen dies möglich ist: sie muß ein kühnes sozialistisches Programm anbieten, das über die begrenzten Forderungen des "Programme Commune" hinausgeht. Selbst wenn die Linksunion nur diese begrenzten Forderungen - wie angekündigt - binnen 3 Monate nach Machtübernahme durchführen will, ist dies nur bei breiter Mobilisierung der Arbeiterbewegung möglich. Die Gaullisten werden sich mit Händen und Füßen gegen jede Enteignung ihrer Fabriken wehren und vor keinem Mittel zur Erhaltung ihrer Macht zurückschrecken.

Warum also nicht die Arbeiterbewegung und die von der Krise ebenfalls schwer betroffenen Mittelschichten für einen "Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft" (Programmerklärung der SP) mobilisieren?

Die Bedingungen für einen solchen Bruch mit dem Kapitalismus sind gegeben:

- die Spaltung und Zerissenheit der herrschenden Klasse
- die Unzufriedenheit und Linksorientierung der Mittelschichten
- eine mächtige und kampfbereite Arbeiterbewegung, die ihren schwer errungenen Lebensstandard durch ein bankrott System erneut bedroht sieht, und die schon einmal im Mai '68 ihre Bereitschaft gezeigt hat, mit dieser Gesellschaftsordnung zu brechen.

politische Lösung

In dieser Situation bedeutet eine klare sozialistische Politik:

die Arbeiterparteien müssen mit den "Linksradiakalen", die nichts anderes sind als die "liberalen" Statthalter der herrschenden Klasse in der Links-Union und die mit Verstaatlichungen oder auch nur mit dem Antasten des Privateigentums erklärtermaßen wenig im Sinn haben; die Forderung nach Verstaatlichung der wenigen hundert, die französische Wirtschaft beherrschenden Monopole unter demokratische Arbeiterkontrolle muß zentrale Parole der Links-Union werden, denn dies ist überhaupt die Voraussetzung zur Sicherung des Lebensstandards, Abbau der Arbeitslosigkeit und Durchführung sozialer Reformen. Für ein solches Programm müssen die Arbeiterparteien die aktive Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit suchen.

Das rechte Parlamentsbündnis hält sich nur noch mit den Fingerspitzen an der Macht fest. Ein entscheidender Stoß - etwa in Form eines verlängerten Streiks - würde genügen, um den Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft freizumachen, in der Unsicherheit und Existenzangst endlich der Vergangenheit angehören.

von unserem französischen Korrespondenten RICHARD BLANC



Der Niedergang des Kapitalismus treibt auch in den USA erschreckende Blüten. Das FBI meldet für das Jahr 1976 658147 schwere Verbrechen allein für New York. Das ist in der Geschichte der Stadt der absolute Rekord. Am stärksten nahmen die Diebstähle zu: Von 188832 im Jahre 1975 stiegen sie auf 232069 im Jahre 1976 an. Dies ist ein Ausdruck der hohen Arbeitslosigkeit, des ständigen Reallohnabbaus und der Kürzungen im Sozialbereich.

WOHIN

Obwohl die christliche Volkspartei zusammen mit den Liberalen eine Mehrheitsregierung bilden könnte, will sie die Sozialisten mit in die Regierung einbeziehen. Die Gründe für die große Koalition liegen auf der Hand. Die Parteien des Kapitals sind gescheitert bei dem Versuch, die Krise durch einen Generalangriff auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Jeder weitere Versuch der Kapitalisten, diese Politik zu wiederholen, wird bei der gezeigten Stärke der belgischen Arbeiterbewegung auf erbitterten Widerstand stoßen und ebenso scheitern. Das gleiche würde einer CDU/CSU-Regierung in der BRD passieren.

Jetzt will das Kapital, daß die Sozialisten - Führer die kämpferischen Gewerkschaften zähmen, damit die Beschneidung des Lebensstandards zugunsten ihrer Profite und zur Sanierung des Staatsdefizits widerstandslos durchgesetzt werden kann. Die Kapitalisten fordern von der Führung der Sozialistischen Partei, daß sie ein ähnliches Programm wie den "Egmont-Plan" verantwortlich mitträgt. Die belgischen Arbeiterführer sollen außerdem das Vertrauen, das die arbeitende Bevölkerung in sie setzt, ausnützen, um ihr zu erklären, daß sie dieses Programm annehmen müßte, den Gürtel also enger schnallen soll, daß das schließlich alles in ihrem eigenen Interesse sei usw. und so fort.

Die Streikwelle in Belgien hat wieder einmal klar gezeigt, daß die Arbeiterklasse bereit ist, für die Erhaltung ihres Lebensstandards und für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Gestützt auf diese Kampfkraft und durch eine breite Mobilisierung gegen das kapitalistische Krisenmanagement einer neuen christlich-liberalen Regierung und für ein sozialistisches Programm, könnte die Sozialistische Partei binnen kurzer Zeit durch erneute Parlamentswahlen eine sichere Mehrheit erringen und dann voll und ganz im Interesse der Arbeiterklasse die Krise des Kapitalismus durch sozialistische Maßnahmen beenden.

Eine große Koalition dagegen führt genauso wie die FDP/SPD-Regierung in der BRD zur Demoralisierung der arbeitenden Bevölkerung und zu Niederlagen der Sozialistischen Partei.

DIE ALTE SOZIALDEMOKRATIE

Für Karl Marx war der Internationalismus der Arbeiterbewegung eine grundsätzliche und praktische Frage. Marx erkannte, daß der Kapitalismus einen Weltmarkt geschaffen und alle Länder voneinander abhängig gemacht hatte. So kam er zur Schlussfolgerung, daß sich die Arbeiterbewegung nur durch einen internationalen Zusammenschluß und einen gemeinsamen Kampf gegen die Klasse der Kapitalisten durchsetzen könnte.

In diesem Sinne arbeitete Marx auf die Gründung einer internationalen Organisation der Arbeiter hin, die dann schließlich am 28. September 1864 in London erfolgte. Diese "Internationale Arbeiterassoziation" (I. A. A.) umfasste die verschiedensten Gruppen, aus einer Reihe von Ländern, die jedoch alle eher kleinere Propagandagruppen als Massenorganisationen waren. Nach der Niederlage der Pariser Kommune 1871 und Auseinandersetzungen mit den Anhängern Bakunins wurde auf Bestreben von Marx hin die Internationale 1872 aufgelöst.

Die folgenden Jahre waren Jahre des Aufschwungs. Die Arbeiterbewegung wurde zahlenmäßig gestärkt, und in einer Reihe von Ländern entstanden sozialdemokratische Massenparteien. So entstand die Grundlage für eine neue Internationale.

Inzwischen hatte sich auch der Marxismus gegenüber den anderen Weltanschauungen in der aktiven Arbeiterbewegung klar durchgesetzt, so daß er die offiziell angenommene Theorie der Internationalen wurde. Um die Jahrhundertwende bildeten sich jedoch in der internationalen Arbeiterbewegung und besonders in der deutschen Sozialdemokratie Strömungen heraus, die in grundlegenden Fragen vom Programm und der Methode des Marxismus abwichen und später zu katastrophalen Auswirkungen führen sollten.

Der Hintergrund dafür war die Tatsache, daß die Zweite Internationale inmitten einer internationalen Aufschwungsperiode entstand. Auf der Grundlage dieses lang anhaltenden Aufschwungs entstand die Perspektive, daß der Kapitalismus weitgehend

dauerhaft und krisenfrei sei, daß er einen ständig steigenden Lebensstandard bieten könne und daß es deshalb für die Arbeiterbewegung ausreiche, wenn sie nur um Reformen kämpft. Demgegenüber war es für Marxisten damals wie heute klar, daß der Aufschwung nie dauerhaft sein kann, daß gerade lange Aufschwungsperioden die Grundlage für eine verschärfte Krise bilden.

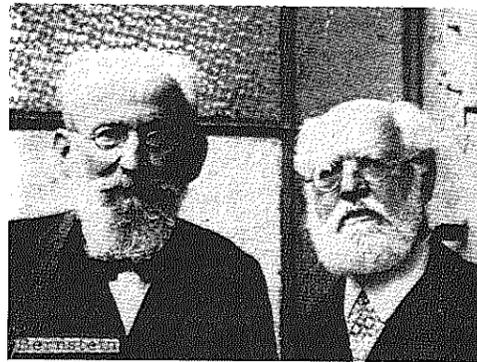
REFORMEN

Marxisten erkennen den Kampf für Reformen zweifellos an, sie unterstützen auch Verbesserungen der Lage der arbeitenden Bevölkerung, die die Machtverhältnisse unangestastet lassen. Sie sind aber gegen den Reformismus, der den Kampf nur auf Reformen beschränken will, weil Reformen im Kapitalismus weder dauerhaft noch ernsthaft und die Kapitalisten zwar mit der einen Hand Reformen geben, sie jedoch mit der anderen Hand wieder zurücknehmen.

Die Strömung, die in den grundlegenden Fragen der Strategie und Perspektiven der Arbeiterbewegung vom Marxismus abwich, wurde unter dem Namen "Revisionismus" bekannt. "Revisionismus" besagt, daß der Klassenkampf veraltet ist, weil im Kapitalismus selbst nicht mehr die Tendenz zur Weiterentwicklung zum Sozialismus innewohnt (Monopolisierung, "Internationalismus" des Kapitalismus, Entwicklung und Flexibilität des Kreditwesens usw.) Der Lebensstandard erhöhte sich (wohl hauptsächlich für die gutorganisierten Arbeiter) und der Kapitalismus konnte sich Reformen leisten. Diesen Genossen gab die Geschichte eine harte Lehre, wofür aber auch leider die gesamte deutsche Arbeiterklasse bezahlen mußte. Denn der Klassenkampf, der Kampf

um den Lebensstandard, war einige Jahre später die Wirklichkeit, wogegen die Theorien der allmählich gleitenden Entwicklung zum Sozialismus sich als verhängnisvolle Irreführung der Massen erwiesen hatte.

In Deutschland war der Hauptsprecher des Revisionismus Eduard Bernstein.



Während noch bei vielen Parteitag oder internationalen Konferenzen Anträge und Resolutionen mit marxistischem Inhalt angenommen wurden, beschränkte sich die Praxis hauptsächlich auf die Kleinarbeit für Reformen.

So entwickelte sich eine feste Trennung zwischen dem Minimalprogramm und dem Maximalprogramm der sozialdemokratischen Führung.

"Minimalprogramm bedeutet kurzfristige, "realistische", machbare Forderungen (z. B. Schulen, Krankenhäuser, usw.). "Maximalprogramm" war die Bezeichnung für das eigenartige ganz getrennte - Fernziel des Sozialismus, eine Sache, die zwar anzustreben wäre, doch von der Führung als eher ein Utopischer Traum betrachtet wurde, und

erst recht nicht durch die Arbeiter selbst zu erreichen wäre.

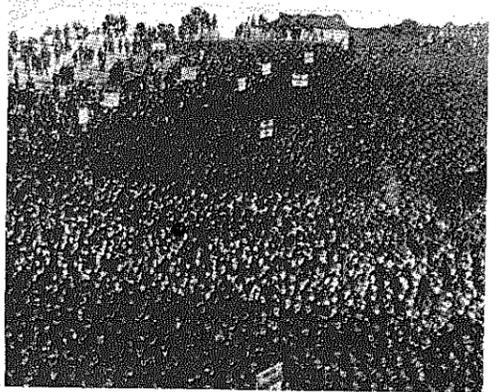
MASSENSTREIK

Die Verschiebung der innerparteilichen Machtverhältnisse fand in der 1905 beginnenden Massenstreikdebatte ihren Ausdruck. Dies war gleichzeitig eine Periode scharfer wirtschaftlicher und politischer Spannungen. Streiks und Aussperrungen, die Einschränkung des Wahlrechts in Sachsen, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, bildeten den Hintergrund.

Der Massenstreik sollte nach dem Verständnis seiner Verfechter "eine Waffe des Angriffs oder der Verteidigung im Proletarischen Emanzipationskampf gegen den bürgerlichen Staat" sein.

Sowohl Bernstein (Revisionist) als auch August Bebel (Vertreter des "Marxistischen Zentrums") und Rosa Luxemburg (Führerin der sogenannten radikalen Linken) befürworteten den Massenstreik. Alle 3 Richtungen kamen jedoch aufgrund verschiedener politischer Anschauungen dazu.

Besonders Rosa Luxemburg hob immer wieder hervor, daß es für Marxisten nicht darum geht, für oder gegen den Massenstreik zu sein, oder ihn auf Kommando ein- oder abzuberufen, sondern daß er einem gewissen Stadium des Klassenkampfes entspricht, ein geschichtliches Produkt des Klassenkampfes ist, das keine abstrakte Propagierung braucht.



Im Hinblick auf den Wahlrechtskampf einigten sich die drei Strömungen auf eine Resolution:

"...daß es namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel... betrachtet der Parteitag die umfassende Anwendung der Massenarbeits Einstellung."

GEWERKSCHAFTEN

Obwohl die Beschlüsse des Jenaer Parteitags den Massenstreik vor allem darauf beschränken wollten, erworbene Rechte zu verteidigen, ergab sich doch ein krasser Widerspruch zu den Gewerkschaftsführern, die sich grundsätzlich nicht an Massenstreikaktionen beteiligen wollten.

Der Mannheimer Parteitag von 1906 begrub den Streit mit einer Resolution, in der festgestellt wurde, die verschiedenen Beschlüsse ständen nicht zueinander im Widerspruch.

Dieser Kompromiß, der den Gewerkschaften die politische Selbständigkeit zugestand, wurde nur durch die theoretische Forderung, die Gewerkschaftsbewegung möge "vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werden", gemildert.

Insgesamt wurde jedoch ersichtlich, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe nicht mehr in der allgemeinen Umgestaltung der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung sahen, sondern ihre ganze Kraft in die unmittelbare tägliche Interessenvertretung der Arbeiter auf sozial- und tarifpolitischem Gebiet legten.

In den Gewerkschaften wurde mit wachsenden Mitgliederzahlen auch der Apparat der hauptamtlichen Kräfte ausgebaut. Diese hatten meistens einen von der Basis abgehobenen Lebensstandard und waren nicht so leicht abwählbar. So waren diese Funktionäre auch weniger kämpferisch als die Basis. Die zunehmende Verlagerung des Schwerpunkts der Gewerkschaftsarbeit in die Organisationsapparate und die damit verbundene Neigung der Funktionäre, die Organisation als einen Wert an sich zu betrachten, führte zu Spannungen zwischen ihnen und den Mitgliedern. So kam es zu Diskussionen über die auseinanderlaufenden Interessen von Massen und Führern.

NICHT NUR THEORIE

Wie man praktische Juso-Arbeit betreiben kann

Vor einigen Monaten ging ein Stahlbaubetrieb unserer Stadt (20.000 Einwohner) konkurs. Der Eigentümer machte 2 Punkte dafür verantwortlich:

1. Die allgemein schlechte Lage im Stahlbaubereich.
2. Den Verlust bei einem Auslandsauftrag von über 1,5 Mio. Mark.

Nun drohte 220 Beschäftigten die Arbeitslosigkeit, da auch schon von Stilllegung gesprochen wurde.

Flugblatt

Wir Jungsozialisten besorgten uns alle möglichen Informationen, diskutierten intensiv und arbeiteten ein Flugblatt aus, bei dem auch ein Techniker dieses Betriebes mitarbeitete und die Forderungen des Flugblattes voll unterstützte:

- Offenlegung aller Geschäftsbücher und Prüfung durch gewählte Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter. Die Belegschaft von Heyking hat das Recht zu erfahren, wie gewirtschaftet wurde, woher und wohin die Gelder geflossen sind.
- Übernahme des Betriebes durch den Staat. Verwaltung des Betriebes durch einen Aufsichtsrat, der zu je einem Drittel aus gewählten Gewerkschaftsvertretern, Belegschaftsvertretern und Vertretern des Staates besteht. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sollten jederzeit abwählbar sein und nicht mehr Lohn bekommen als ein Facharbeiter."

Außerdem zeigten wir den Zusammenhang zwischen diesem Konkurs und der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus auf und forderten die Vergesellschaftung der großen Monopole unter Arbeiterverwaltung und Arbeiterkontrolle.

Doch kam es nicht zur Flugblattverteilung, weil der SPD-Kreisvorsitzende den Ortsvorstand dazu gebracht hat, das Flugblatt nicht verteilen zu lassen - mit der Begründung, die Forderungen seien unrealistisch. Dabei machten diese älteren Genossen zunächst überhaupt keine konkreten alternativen Vorschläge.

Der Inhalt des Flugblattes wurde schließlich abgeändert und die Juso-Forderungen ersetzt durch die Forderung: Übernahme des Betriebes durch die Belegschaft. Obwohl die meisten Mitglieder der Juso-AG hinter den Forderungen des 1. Flugblattes standen, wurde das zweite vor den größten Betrieben der Stadt verteilt.

Diskussion

Kurz darauf veranstalteten wir einen Diskussionsabend, zu dem wir in einem weiteren Flugblatt eingeladen hatten. Zu-



nächst erklärten wir durch ein Referat die Lage aus unserer Sicht und diskutierten dann über den Inhalt der beiden Flugblätter.

Zu dieser Versammlung kamen 8 Beschäftigte aus verschiedenen Betrieben, darunter auch der Betriebsratsvorsitzende des konkursgegangenen Betriebes. Die Betroffenen Arbeiter machten uns klar, in welche finanzielle n Schwierigkeiten sie und viele ihrer Kollegen gekommen waren durch die monatlang Nichtauszahlungen von Löhnen. Die Frau eines Arbeiters berichtete uns, daß der Lohn ihres Mannes und die Lebenshaltungskosten für ihre Familie Null für Null aufgehen, sie daher schon das Konto monatlang überziehen mußte und dafür monatlich über 80 Mark Zinsen zu zahlen hätte, die sie von niemandem zurückerstattet bekäme.

Es trat immer wieder folgende Frage auf: Wie kann die Belegschaft den Betrieb alleine übernehmen?

Wer soll das finanzieren? Genau das waren die Einwände der meisten Jusos in der Diskussion mit unseren älteren Genossen. Es war uns von vornherein klar, daß ein Lohnverzicht zugunsten von Investitionen für die Beschäftigten nicht in Frage kommen kann. Warum sollten sie auch für etwas haftbar gemacht werden, was sie nicht verschuldet haben?

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde der SPD-Ortsverein angegriffen, der in dieser Sache überhaupt keine Aktivitäten zeigte. Auch fühlten sich die Arbeiter von ihren Vertretern im Land- und Bundestag im Stich gelassen.

Ein Angestellter kam auf Arbeiterverwaltung und -kontrolle zu sprechen und meinte: Die Jusos müßten ein Modell ausarbeiten, wie die Arbeiter die Betriebe selbst verwalten könnten.

Zum Schluß sagte ein Arbeiter, er begrüße daß wir uns um die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung kümmern und wir sollen auf jeden Fall so weiterarbeiten.

Lokalpresse

Was die Lokalzeitung über diesen Konkurs und die Weiterführung des Betriebs schrieb war alles andere als wahrheitsgetreu. Es stand darin etwas von einem "Silberstreif am Horizont", daß der Betrieb von einem anderen Unternehmer übernommen würde, daß wahrscheinlich alle Beschäftigten mitübernommen würden, usw. Zeitungsberichte von uns Jungsozialisten und ein Leserbrief eines Angestellten des Stahlbaubetriebes wurden stark zensiert. Ein weiterer Leserbrief eines Jungsozialisten wurde überhaupt nicht abgedruckt, weil die Redaktion des Lokalblattes "festgelegt hatte, keine Leserbriefe im Fall Heyking mehr zu veröffentlichen und schon zwei Zuschriften aus diesem Grund zurückgeschickt hatte."

Was nun?

Der Betrieb wurde verkauft. Sämtliche Versprechungen, die auf Weiterbeschäftigung zielten, wurden nicht erfüllt. "Die Wirklichkeit zeigt, daß jeder von heute auf morgen, unabhängig von einem etwaigen Kündigungsschutz und ohne Absprache von der fristlosen Entlassung betroffen sein kann." (ein betroffener Angestellter). Das neue Unternehmen kassiert mindestens 20 % Investitionszuschüsse (wegen Bundesausbauplan) und darüber hinaus weitere Gelder als "Eingliederungsbeihilfe von der Bundesanstalt für Arbeit. Aus den 220 Arbeitsplätzen sind auf diese Weise 30 geworden.

Der aufgestellte Sozialplan steht in den Sternen, denn dafür wird aus der Konkursmasse nichts mehr übrig bleiben.

Unter den ehemaligen Beschäftigten soll eine intensive Diskussion eingesetzt haben. Sie fühlen sich betrogen. Sie denken jetzt, die Gewerkschaft und sie selbst hätten wirklich aktiv werden müssen und mit allen Mitteln diese Entwicklung verhindern müssen. Diese Erfahrung müssen wir Jungsozialisten jetzt weitergeben an Arbeiter, die ähnlichen Situationen ausgeliefert sind.

JÜRGEN MICHEL
JUSO-VORSITZENDER GRAIS
HEIM

REINHOLD ZIELKE

Die meisten Arbeiter und Angestellten werden wohl sehr genau wissen, daß die Unternehmer die Krise zum Anlaß genommen haben, um auf Teufel komm raus zu rationalisieren. Dazu brauchen sie nicht einmal neue Maschinen einzuführen. Bei Daimler Benz in Sindelfingen behaupten sie zum Beispiel, eine neue Methode entdeckt zu haben, die verschiedenen Arbeitsgänge neu aufzuteilen. Angebliche Vorteile: Rationellere Produktion und gesundheitsschonenderes Arbeiten. Die Daimler-Arbeiter allerdings sind mißtrauisch. Sie wissen wodrum es geht: mehr Arbeitshetze, getarnt durch den wissenschaftlichen Decknamen "MTM".

"Mach Tausend Mehr" nennen es die Kollegen.

MTM - wozu?

Sie haben mit dieser Bezeichnung den Kern der Sache haargenau getroffen. Daimler plant nämlich, 1977 und 1978 die Produktion um 30% zu steigern - aber die Belegschaft nur um 3%! Was heißt das? Nichts anderes, als daß der Produktionsausstoß pro Beschäftigten um 26,2% hochgepresst wird. Und die Löhne? Werden aufgrund dieser Maßnahme um kaum mehr als 10% Prozent steigen! Den Rest streichen die Aktionäre ein.

MTM wurde in Amerika erfunden. Die Entdecker filmten Arbeiter bei verschiedenen Arbeitsgängen. Die Filme wurden hinterher in Zeitlupentempo abgespult und die Körperbewegungen der Arbeiter analysiert. Dann behaupteten die "Erfinder", daß die Aufnahmen beweisen, jeder beliebige Arbeitsvorgang ließe sich in nicht mehr als 17 Grundbewegungen zerlegen. Für jede dieser Bewegungen legten sie eine Zeit fest, die sie in Tabellen eintragen.

Seither liegen diese Zeiten fest verschlossen in einem amerikanischen Panzerschrank, der nur für die Erfinder des MTM-Verfahrens zugänglich ist. Niemand kann es heute nachprüfen.

Konkret: Gehen

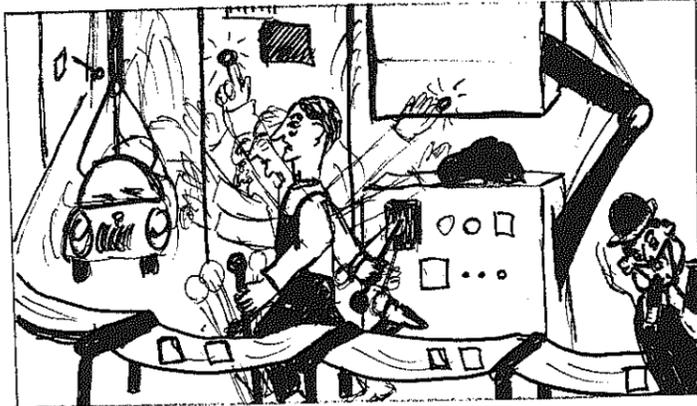
Was bedeutet diese Meßmethode jetzt konkret? Nehmen wir als Beispiel den MTM-Arbeitsvorgang "gehen". Damit ist laut MTM natürlich nicht "spazierengehen" oder "schlendern" gemeint. Die MTM-Worte für "gehen" gleichen eher dem Marschschritt der amerikanischen Armee: durchschnittliche Schrittlänge 80cm bei 128 Schritten pro Minute.

Die reine Arbeitszeit bei Daimler ist derzeit 7h 20'. Akkordarbeiter müssen 128% des durchschnittlichen Leistungsgrades erbringen. Übertragen auf Daimler-Verhältnisse heißt "MTM-Gehen" also (440 min x 1,28 x 80 cm x 128 Schritte pro min): 57,67 km/Tag

Rationalisierung bei Daimler-Benz:

Mach Tausend Mehr

KURT BREIFLE



Der reinste Gewaltmarsch! Dies alles sei eine Normalleistung, die täglich erbracht werden könne!

Natürlich wird auch nach Einführung von MTM kein Arbeiter jeden Tag 57 km gehen müssen. Aber laut MTM sind die Werte so festgelegt, daß jeder Arbeitsgang gleich anstrengend ist. Also gleicht (sogar nach MTM) jeder beliebige Arbeitsgang, der einen Tag lang vollzogen wird, einer Marschleistung von 57 km! Ein Kollege meinte wütend: "Die wollen uns bis auf die Knochen schinden! Unsere Gesundheit wird ruiniert und die machen ein schönes Playboy-Leben!" Früher wurden die Akkorde von sogenannten "Stopper" festgelegt, wobei die Kollegen mit einer Stoppuhr gemessen wurden. Nach einigen Wochen kamen die Ergebnisse, und den Kollegen wurde vorgeschrieben, wie groß die Tagesstückzahl fortan zu sein hätte. Damals konnten sich die Kollegen wenigstens mit Hilfe des Betriebsrates beschweren und eventuell eine Änderung erreichen. Heute werden die Arbeitsgänge und -zeiten am Reißbrett auf Zentimeter und Sekunden

genau vorgeplant. "Bereits in der Planung neuer Produktionsanlagen wird mit MTM-Tabellen vorbestimmt, wie viele Arbeiter am Band oder an einer Maschine eingesetzt werden", wie die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD (KV Böblingen) ganz richtig in einem Flugblatt schreibt.

Durchschnitt

Laut MTM sind die Zeiten Durchschnittszeiten, die unter den verschiedenen Bedingungen gültig sind. Aber so ist es immer mit der bürgerlichen Statistik und ihren Durchschnittswerten: Sie würden wahrscheinlich sogar behaupten, wenn man mit dem nackten Hintern auf einer glühenden Herdplatte sitzt, dafür auf dem Kopf einen Eisbeutel trägt, ginge es einem "im Durchschnitt gut"!

Die "Fachleute" behaupten, daß ein durchschnittlicher Arbeiter das vorgegebene Arbeitstempo den ganzen Tag immer durchhalten kann, ohne sich zu überanstrengen. Nicht einmal das stimmt: Sogar bei den alten nie-

einzelnen Ortsgruppen der Jungsozialisten vor, die Themen ihrer Veranstaltungen und Referenten vorher bei der Partei genehmigen zu lassen. In Berlin kam es zu einer besonderen Zuspitzung der Konflikte zwischen Jungsozialisten und SPD-Führung. Die Berliner Jusos drängten ab 1930 angesichts der wachsenden und erschreckenden faschistischen Bedrohung auf die Bildung einer proletarischen Abwehrtruppe gegen den Faschismus. Diese Truppe sollte bei öffentlichen Veranstaltungen den nationalsozialistischen Störtrupps entgegentreten. Im November machten sich die Berliner Jusos konkret daran, einen jungproletarischen Ordnerdienst aufzubauen, der klassenbewußte Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus zusammenfassen sollte. Dies war der Anlaß für die Parteiführung, die Berliner Ortsgruppen der Jungsozialisten kurzerhand aufzulösen. Dies und eine Reihe weiterer kräftiger Einschnitte in die Rechte und Freiheiten der Jungsozialisten wurden von den Jungsozialisten abgelehnt. Die Reichskonferenz der Parteijugend Ostern 1931 in Leipzig nahm einen Antrag an, der die Pläne des Parteivorstands zur Reorganisation der Jungsozialisten als ein "Ausnahmegesetz zur Unterdrückung der politischen Willensbildung der jungen Generation" bezeichnete. Der führende Jungsozialist Helmut Wagner stellte unter Zustimmung der Delegierten fest, daß die Partei eine Entpolitisierung des unteren Funktionärskörpers betreibe und zu einer von oben nach unten geleiteten Wahl-, Versammlungs- und Agitationsmaschinerie werde. Gerade die Jugend, so stellte Helmut Wagner richtig fest, sei die treibende Kraft der Arbeiterbewegung, weil sie unbelastet sei von der Kette der Enttäuschungen und Niederlagen seit 1914. Diese wenigen Beispiele aus der Geschichte zeigen, daß die aktuellen Eingriffe der Parteiführung gegen die Jungsozialisten nichts neues sind.

"Politisch anrühige Führer der SAJ (Jungsozialisten, der Verf.) d. h. solche, die es wagten, eine von der offiziellen Politik abweichende Auffassung zu vertreten, werden von den Orts-, Unter- und Bezirksverbänden der Partei gegen den Willen der SAJ-Mitglieder beseitigt", schrieb ein Chronist der linken Parteioption 1931. Die Parteiführung hatte wohl damals wie heute die Disziplinierung

drigen Akkorden kippen die Kollegen jeden Sommer reihenweise um - Herzschräge, Herzattacken etc. Letzten Sommer war es besonders schlimm. Außerdem soll ja das Tempo (besser: die Hetze) nicht nur einen ganzen Arbeitstag sondern ein ganzes Arbeitsleben lang überstanden werden!

Ältere Kollegen verkraften schon den heutigen Akkord nicht mehr. Nach 10 oder 20 Jahren Fließband ist die Gesundheit meistens für immer ruiniert. Viele 40jährige Fließbandarbeiter leiden unter Magengeschwüren, ein Leiden das angeblich so viele Manager trifft. Auch sonstige Symptome der "Managerkrankheit" trifft man wohl häufiger bei Arbeitern als bei Direktoren an: anhaltende Kopfschmerzen, Schlafstörungen etc. Der Profit weniger Kapitalisten wird in unserem Wirtschaftssystem höher gestellt als die Gesundheit vieler Arbeiter.

Widerstand

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte sind jetzt aufgeufen zu handeln. Sie müssen den Widerstand gegen diese unmenschlichen Ausbeutermethoden organisieren.

Natürlich kann man sich nicht grundsätzlich gegen Rationalisierung wehren. Sie hat auch ihre fortschrittliche Seite, wenn sie Arbeitszeit einspart. Aber in unserem Wirtschaftssystem werden dadurch immer ganze Arbeitsplätze vernichtet und Tausende fliegen raus. Deshalb ist ein Kampf gegen Rationalisierungen, die auf den Knochen der Kollegen stattfinden, nur erfolgreich, wenn man ihn mit einer sozialistischen Perspektive verbindet.

In einer demokratisch geplanten Wirtschaft würde niemand mehr seinen Arbeitsplatz verlieren. Rationalisierung könnte zum Vorteil aller Beschäftigten eingeführt werden und die Arbeit erleichtern. Wenn Arbeitszeit gespart würde, könnte die vorhandene Arbeit auf alle gleichmäßig verteilt werden. Eine Arbeitszeitverkürzung würde nicht einmal Lohnverlust mit sich bringen; da ja immer noch so viel wie vorher (oder sogar noch mehr!) produziert wird und jeder mit allem Notwendigen versorgt werden kann.

Es ist die erste Aufgabe der Jusos (wie aller Sozialisten), diese Perspektive in die Diskussion einzubringen. Wenn sie diese Argumente in Betriebe, Gewerkschaften und SPD hineintragen, können sie sich in den nächsten Jahren zu einem mächtigen Magneten entwickeln, der Tausende Kämpfer der jungen, frischen Generation, Lehrlinge und Arbeiter, in seine Reihen zieht.

Aus der Geschichte der Jusos JUGEND ALS TREIBENDE KRAFT

Trotz wiederholter Disziplinierung

"Die SPD-Führung hat, indem sie ein in der Parteigeschichte bisher einmaliger Vorgang - die Jugendorganisation ihres gerade gewählten Vorsitzenden beraubte, leeren Drohungen eine scharfe Maßregelung folgen lassen." (Düsseldorfer Nachrichten 28.4.77)

Zwar mag - wie es in dem Kommentar dieser bürgerlichen Zeitung hieß - die Absetzung eines frisch gewählten Juso-Vorsitzenden durch die Parteispitze durchaus ein hervorstechender Akt in der gesamten Parteigeschichte sein.

1904

Nachdem am 10. Oktober 1904 mit dem "Verband der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins" die erste eigene Jugendorganisation der deutschen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen wurde, brachte Karl Liebknecht auf dem Mannheimer Parteitag 1905 einen Antrag ein, in dem das "allerwärts sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung" begrüßt und die Forderung erhoben wird, die Sozialdemokratie solle "überall... die Gründung und Weiterentwicklung von Jugendorganisationen" fördern. In seiner Rede sagte Liebknecht wörtlich: "Ich bitte Sie um einmütiges Sympathievotum für die Jugendorganisationen. Damit nutzen Sie der deutschen Arbeiterbewegung." Der Parteitag schloß sich dem an.

In den Jahren 1905-1906 folgten eine Reihe weiterer Städte mit der Gründung von Arbeiterjugendverbänden, 1906 schlossen sich die süddeutschen Gruppen zum "Verband junger Arbeiter" zusammen.

Das rasche Wachstum der Jugendorganisationen schreckte die herrschende Klasse auf. Als 1908 ein Reichsgesetz allen unter 18-jährigen Jugendlichen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen oder die Anwesenheit bei po-

litischen Veranstaltungen verbot, war damit für die rechten Kräfte in der Arbeiterbewegung ein Vorwand gegeben, um die unbequeme Arbeiterjugend zu schwächen, und der Jugend ihr Recht auf eigene Organisation im Rahmen der Arbeiterbewegung zu nehmen. Der Führer des Gewerkschaftsbundes, Legien, sprach sich in den "Sozialistischen Monatsheften" gegen die in den Jahren zuvor aufgebauten Jugendorganisationen aus und schrieb wörtlich: "... Der Jugend muß die Jugendzeit erhalten bleiben. Man soll nicht zu frühzeitig ihr Hirn mit schwierigen sozialen oder politischen Fragen beschäftigen, sondern die körperliche Entwicklung fördern und in Verbindung damit den Geist zu beeinflussen suchen."

Obwohl durch verschiedene Machenschaften der Parteiführung die Jugendbewegung in den darauffolgenden Jahren geschwächt wurde, haben die weiteren Ereignisse die Worte Karl Liebknechts vor dem Jenaer Parteitag 1911 bestätigt: "Die Jugend des Proletariats wird Sieger bleiben über alle ihre Feinde und die Scharen liefern, die dereinst die Kämpfe weiterführen werden, die jetzt von den Erwachsenen geführt werden."

1930

In der Weimarer Republik bildete sich dann vor allem gegen Anfang der 30er Jahre ein starker linker Flügel in der Sozialdemokratie heraus. Nach der Reichstagswahl 1930, in der die KPD und die NSDAP gestärkt wurden, fand dieser linke Flügel ein sehr starkes Echo unter der Parteijugend. Die ständigen Angriffe der rechten Parteiführung seit dem Parteitag von 1927 hatten diese oppositionelle Haltung noch mehr gestärkt.

Im Herbst 1930 schrieb die Parteiführung den

der Jugendorganisationen zu rechtfertigen versucht. Kritische Jungsozialisten wurden als "Kommunisten" bezeichnet, es wurde aber auch gesagt, daß man die Bevölkerung ja nicht abschrecken dürfe und jetzt unbedingt Ruhe bewahren müsse, weil sonst erst recht die Reaktion provoziert werde.

1933

Aber wie weit diese Haltung der SPD-Führung ging, dies zeigte das Frühjahr 1933. Der Faschismus hatte am 30. Januar "legal" die Macht erobert, und es war klar, daß er sich die Zerstörung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zum Hauptziel gesetzt hatte. In dieser Situation war die Arbeiterklasse gelähmt, und die Führung der beiden Massenparteien der Arbeiter, SPD und KPD machten keine Versuche, gemeinsam alle Kräfte zu konzentrieren und den Faschismus zu schlagen. Die KPD betrachtete den Sieg Hitlers als Vorstufe zum Sieg Thälmanns und die Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind. Die SPD-Führung jedoch gab sich der Illusion hin, daß Hitler die Partei schon in Ruhe lassen würde, wenn sie nichts gegen den Faschismus unternähme.

Und so wurde unter dem Motto: "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" im Frühjahr 1933 den Jungsozialisten verboten, illegale Organisationsarbeit gegen den Faschismus zu betreiben, da ja die Regierung Hitler völlig rechtmäßig an die Macht gekommen sei. Wer sich dem nicht fügte, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Und wenig später erklärte der Parteivorstand sogar den Austritt aus der Sozialistischen Internationale - in der Hoffnung Hitler so zu besänftigen. Doch dieser Opportunismus zahlte sich nicht aus. Wenig später wurden Sozialdemokraten ebenso verfolgt, verschleppt und ermordet wie die KPD- und Gewerkschaftsmitglieder.

Auch in den kommenden Jahren wird die Jugend die treibende Kraft der Arbeiterbewegung sein. Sie wird sich gegen viele Widerstände durchsetzen und viele Hindernisse überwinden müssen, aber sie verkörpert die Zukunft der Bewegung. Die Jungsozialisten können als die Jugendorganisation der traditionellen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse eine zentrale Rolle spielen, wenn sie die Lehren der Geschichte verstehen und sich zu einem Brennpunkt sozialistischer Politik in der gesamten Bewegung entwickeln.

VORAN

SPANIEN VOR DER WAHL

Die spanischen Bosse warten wie die Geier auf den Bäumen auf die 34 Millionen Touristen, die nach offiziellen Angaben diesen Sommer ihren Urlaub in Spanien verbringen sollen. Die "Touristikeinnahmen" haben laut FAZ (9.5.77) 1976 mehr als 3 Mrd. Mark erreicht. Doch für die Millionen spanischen Arbeiter und ihre Familien wird der Sommer 77 einen zähen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation bedeuten.

Um harte Währungen wie DM zu bekommen, ist die spanische Regierung bereit, alles zu tun - auf Kosten, versteht sich, der eigenen Arbeiterbewegung. So gab es z.B. 1976 Preissteigerungen von über 20%, die die spanische Regierung für das touristische Gewerbe mit zum Teil beachtlicher Abwertung der Pesete abgefängt hat. Doch irgendwer muß für die Abwertungen bezahlen und letzte bedeuten eben höhere Importpreise, sowie Währungsspekulationen auf Kosten der Pesete.

"Für das laufende Jahr wird mit einer weiteren Abwertung, jedoch auch mit Preissteigerungen zwischen 25 und 30% gerechnet," schreibt die FAZ weiter.

DAS SIND DIE MASSSTÄBE? AN DENEN MAN DIE DEMOKRATISIERUNGSBESTREBUNGEN DER PARTeien ZU MESSEN HAT!

Rechte

"Que va dar a comer la Republika?" - was wird die Republik uns zu essen geben? - Dies war die einfache Frage, auf welche die armen Bauern und Arbeiter Spaniens der 30er Jahre eine Antwort verlangten. Das kapitalistische System Spaniens sucht krampfhaft nach einer Maske, die den Aktionären eine gesicherte Zukunft sichern soll.

Gleichzeitig verschärft sich der Kampf zwischen den verschiedenen Flügeln der bürgerlichen Politiker. Neuerdings geriet Regierungschef Suarez selbst in Kritik - von eigenen Bündnispartnern! Die "Liberale Partei" sowie andere bürgerliche Persönlichkeiten sind aus dem "Demokratischem Zentrum" ausgeschieden, weil Suarez "zahlreiche eigene Leute und Vertraute des Innenministers - FAST ALLE SIND EHEMALIGE POLITIKER DER FRANCO - DIKTATUR - auf die aussichtsreichsten Plätze gebracht" hat. Noch im Januar sagte Helmut Schmidt "Der Demokratisierungsprozeß, wie er in Spanien von König Juan Carlos I und Ministerpräsident Suarez sehr tatkräftig vorangetrieben wird, verdient unsere Sympathie." (FAZ, 8.1.77). Später hat die FAZ selbst geschrieben: "Die Wahllisten haben das "Demokratische Zentrum" in zahlreichen Provinzen zu einer Art Regierungspartei gemacht, mit Kandidaten, deren demokratische Glaubwürdigkeit recht fraglich ist." (9.5.77. - Hervorhebung d. Verf.)

Mitterweilen muß sich der Präsident der "Christlich-Demokratischen Partei", de Miranda, damit zufrieden geben, sich in der kleinen entvölkerten Provinz Palencia zu bewerben! Der Generalsekretär der erzkonservativen Volksallianz, Fraga, bietet auf der Wahlreise sogar noch ein kostenloses Theater an! "In Lugo vertrieb Fraga eigenhändig mehrere Hundert von Zwischenrufern aus dem Saal. Fraga zog plötzlich seine Jacke aus und stürzte mit dem Ruf 'Auf sie los!' vom Podium in die Zuschauerreihen, wo die Protestler saßen. Diese verließen panikartig den Veranstaltungssaal."

Wir sind immer bereit gewesen, Leserbriefe und Kritik an unserer Zeitung abzudrucken. Denn nur eine freie und offene Diskussion über alle Meinungsverschiedenheiten kann die Arbeiterbewegung weiterbringen und die notwendige Klarheit schaffen.

"VORAN" lesen und politisch unterstützen genügt aber nicht. Jeder, der das Programm und die Politik von VORAN unterstützt, muß mithelfen, um unsere Zeitung in einem noch breiteren Kreis bekannt zu machen! VORAN läßt sich gut in SPD-Ortsvereinen, bei Juso-Versammlungen, am Arbeitsplatz und vor Betriebstoren verkaufen.

Eine Zeitung wie VORAN wird wohl kaum aus dunklen Kanälen oder von finanzstarken anonymen Hintermännern unterstützt. Und wegen unserer klaren und eindeutigen Kritik an den Ostblockstaaten wird wohl auch Moskau nicht einen Rubel für uns übrig haben. VORAN wird einzig und allein getragen aus den Verkaufserlösen und Spenden seiner Mitarbeiter und Anhänger.

Aber damit die Zeitung noch besser werden kann und einen noch größeren Leserkreis finden wird, sind wir auf SPENDEN angewiesen.

Telefongespräche, Porto, Schreibmaschine, Zeichengeräte, Bücher und Archive, das alles brauchen wir ständig bzw. so bald wie möglich.

Es ist auch gar nicht so schwer, Geld zu sammeln, ohne daß man sich gleich darüber stundenlang den Kopf zerbrechen müßte. Ein Mitarbeiter unserer Redaktion hat sich fest vorgenommen, das Rauchen endgültig aufzugeben und hat mit verschiedenen Genossen Wetten abgeschlossen. Andere Genossen legen jedes verfügbare Pfennigstück beiseite, um auch so im Laufe der Zeit eine ganz nette Summe zusammenzusparen. Und wiederum andere geben ihre kleinen und größeren Nebeneinkünfte ab. Sie alle wissen, daß eine (auch noch so kleine) Spende für VORAN ein Stück Investition für eine bessere sozialistische Zukunft ist. Jeder Groschen zählt, denn aus vielen kleinen Spenden wird schließlich ein großer, ansehnlicher Betrag.

POSTSCHECKKONTO ANGELA BANKERT
POSTSCHECKKAMT ESSEN
KONTONUMMER 2422 50 432

Als 'Krönung' ist die holländische Prinzessin Irene, Ehefrau des Carlistenführers Hugo, aus Spanien ausgewiesen worden, eine geplante Veranstaltung der Carlistischen Partei verboten und mehrere Carlistenführer für kurze Zeit verhaftet worden!

sozialistische Partei

Doch gerade das Lächerliche an diesem Zustand bedeutet eine ernsthafte Gefahr für das Unternehmertum Spaniens. Auf ihre eigenen Vertreter ist kaum Verlaß, sie haben auch keine Basis. Daher wird es immer notwendiger für das Kapital wo nur möglich die Arbeiterparteien, vor allem die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) an das System zu binden, sie zu einer Stütze der bankrotten Wirtschaftsordnung zu machen, sie von ihren Programmen und Beschlüssen abzubringen. Denn die PSOE ist Hauptvertreter der kämpferischen Arbeiterbewegung - in ihr sehen die spanischen Massen die Hoffnung, den Ausweg, den Sozialismus.

PSOE-Führung jetzt auf allen Ebenen und in allen Ortschaften für eine sozialistische Lösung mobilisiert. Wenn man nämlich das Krebsgeschwür des Kapitalismus nicht wegoperiert, wird man dazu verdammt sein, zu versuchen, es zu heilen. Und das wird sehr schmerzhaft sein - für die arbeitende Bevölkerung.

Es ist durchaus möglich, daß die Liberalen und Christdemokraten die Parlamentswahlen gewinnen werden, und dies hauptsächlich mit den Stimmen von Bauern, Mittelschichten und rückständigen Arbeitern. Presse, Rundfunk und Fernsehen bevorzugen ohnehin klar die Liberalen und rechten Parteien und die Politik des Königs und des Ministerpräsidenten.

Aber eine bürgerliche Regierung in Spanien hätte weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich eine ausreichende Basis. Noch viel mehr als etwa die französische oder griechische Regierung würden die Spannungen der verschiedenen Flügel der herrschenden Klasse, die diese Regierung tragen, sichtbar werden. Die Arbeiter werden ihren Nachholbedarf auf den Tisch legen, sie werden die "Demokratie" daran messen, ob sie ihnen das zurückzahlen kann, was sie in den letzten Jahren durch Inflation und Arbeitslosigkeit verloren haben. Die anderen Leidtragenden der Krise, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende, werden ebenso Druck ausüben und die Kämpfe der Arbeiter (wie schon in den letzten Jahren) immerhin passiv unterstützen.

Daher wird die Schlüsselfrage für das weitere Schicksal der spanischen Arbeiterklasse wie auch der Arbeiterklasse international sein: Was haben die Arbeiterparteien anzubieten? Die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei haben wiederholt gesagt, daß sie bereit wären, mit liberalen, christdemokratischen und sonstigen bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Dies wäre verhängnisvoll.

wohin?

Der Schlüssel für die Zukunft liegt bei den Marxisten und der Basis der Arbeiterparteien. Wenn Sie es verstehen, eine klare sozialistische Perspektive durchzusetzen, dann kann über kurz oder lang in Spanien eine Regierung gebildet werden, die sich nur auf die mobilisierte Kraft der Arbeiterklasse und der Bauern stützt, die die Kapitalisten, Bankiers und Großgrundbesitzer entgültig entmachtet und die entscheidenden Schritte zum Aufbau eines sozialistischen Spaniens durchführt.

In den 30ern Jahren gab die Niederlage der spanischen Arbeiter gegen Franco den Weg frei für die Massenschlächterei des 2. Weltkrieges. In den nächsten Jahren könnte ein sozialistisches Spanien den Weg eröffnen der zu den vereinigt sozialistischen Staaten von Europa führt.

GREG POWELL



FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND SOZIALISTISCHES SPANIEN
SJD - DIE FALKEN

Filipe Gonzalez, Generalsekretär der PSOE, sagte am 19. März in einem Fernsehinterview "Weder die Sozialisten noch die echten Sozialdemokraten verzichten auf das entgültige Ziel des Sozialismus: das Verschwinden der Klassen." In Spanien kämpft die Kapitalistenklasse um ihr Überleben, die Arbeiterklasse zieht durch ihre Bereitschaft zu handeln die Mittelschichten hinter sich. Die Lage könnte kaum günstiger sein für die Beseitigung der herrschenden Klasse und dadurch die Befreiung der Arbeiterklasse und die Mittelschichten. Ein friedlicher Weg zum Sozialismus ist durchaus möglich, wenn die

RECHT AUF ARBEIT

Die Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit wird nun schon seit einiger Zeit in der Gewerkschaftsbewegung aufgestellt. Kein Sozialdemokrat oder Gewerkschafter wird wohl dieser Forderung ernsthaft widersprechen können. Nur wäre es vielleicht recht interessant, auch einmal die Ansicht der anderen Seite - der Bosse - zu dieser Frage zu kennen.

Recht aufschlußreich ist dazu die Auffassung des Instituts der Deutschen Wirtschaft in

Köln. Dieses Sprachrohr der deutschen Unternehmer hat nämlich schon vor einigen Monaten erklärt, daß ein durch Gesetz geschaffenes, einklagbares "Recht auf Arbeit" mit den "Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft" unvereinbar sei. Zu Deutsch:

Das kapitalistische System ist unfähig, jedem einen Arbeitsplatz zu garantieren. Somit ist die Katze aus dem Sack. Vor allem aber hat das Institut den Nagel auf den Kopf getroffen, als es feststellte, daß das Recht auf Arbeit "letztlich zu totaler Planwirtschaft führen" würde.

Um es noch klarer zu sagen: Erst in einer Planwirtschaft kann das Recht auf Arbeit verwirklicht werden.

Dem wäre nur noch hinzuzufügen: In einer Planwirtschaft können wir auf die Unternehmer einschließlich ihrer Institute verzichten.

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7.- auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75

SPENDET FÜR VORAN!

"VORAN" wird von aktiven und zumeist langjährigen Mitgliedern von SPD, Jusos und Gewerkschaften getragen. Unsere Zeitung entstand aus der Meinung heraus, daß die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik eine echte marxistische Zeitung braucht, eine Zeitung auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Perspektive.

Die meisten von uns haben 1972 sich selbst aktiv im Bundestagswahlkampf für die SPD eingesetzt und mit Millionen darauf gehofft, daß sich nach einem Wahlsieg der SPD vieles grundlegend verändern würde. Aber später wir wie viele andere mitansehen, wie die großen Hoffnungen von Millionen Arbeitern und Jugendlichen bitter enttäuscht wurden, wie weder große Reformen angepackt, noch der Lebensstandard sich gesteigert hat. Eine Politik, die unter dem Druck des Kapitals und seinen Handlangern geführt wurde, konnte so auch nur letzten Endes nur lange Gesichter, Enttäuschung und Demoralisierung zur Folge haben.

Als unsere Zeitung im Dezember 1973 zum ersten Mal erschien, wollte uns kaum einer ernst nehmen, mit unserer Warnung:

"... daß auch ein bescheidenes Reformprogramm ... nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht - das heißt die Schlüsselindustrie und das Bankwesen - in Staatshänden ruhen und durch Arbeiter und Angestellte verwaltet und kontrolliert werden."

"VORAN" kämpft für ein sozialistisches SPD-Programm, für die Überführung der Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum, für eine demokratisch geplante und geleitete Wirtschaftsordnung.

Wir bringen Berichte über die Arbeiterbewegung im In- und Ausland, Zahlen und Tatsachen, Berichte über die Geschichte der Bewegung und theoretische, leicht verständliche Beiträge. Theorie ist für uns nichts abstraktes, sondern eine Zusammenfassung und Verallgemeinerung der Erfahrungen der Praxis und Geschichte. Ohne Theorie keine Praxis, ohne Praxis keine Theorie.